

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 17. April 1929

Nummer 31

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrückerstr. 3

Den Kommunisten ins Stammbuch

(Schluß)

Was wir im letzten Satz des Leitartikels in voriger Nummer bezüglich des Konflikts in der Neuwag-Druckerei in Chemnitz angedeutet hatten, ist inzwischen Tatsache geworden; wegen unberechtigter Entlassungen von sieben Kollegen aus parteipolitischen Gründen mußte dieser Betrieb durch den zuständigen Gouvorstand abermals gesperrt werden. Sieben weitere Kollegen, die nicht gekündigt worden waren, haben sich mit den gekündigten solidarisch erklärt und den Betrieb ebenfalls verlassen. Auf die parteipolitischen Ursachen wollen wir, nach der eingehenden Behandlung dieser Frage in Nr. 30 hier nicht mehr näher eingehen. Die für diesen Skandal verantwortlichen Führer der KPD streiten selbstverständlich nach wie vor jede parteipolitische Maßregelung ab, obwohl ihre Richtlinien vom 22. März darüber das Gegenteil belegen und sogar die Heranbildung einer kommunistischen Streikbrecherformation für die KPD-Betriebe fordern. Nur die wirtschaftliche Seite, die jetzt von den kommunistischen Führern für ihre „Rationalisierungsmaßnahmen“ im Chemnitzer Fall in den Vordergrund gerückt werden, seien hier noch kurz gestreift. Es wird von kommunistischer Seite über die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes in Chemnitz folgendes behauptet: „Unter den gesamten Neuwag-Betrieben Deutschlands sei der Chemnitzer der bestrentierendste gewesen. Seit mehreren Monaten werfe er aber seine Überschüsse mehr ab. Darauf sei aber die Zentrale angewiesen. Um die Betriebe rational zu gestalten, seien neue Maschinen, Rotationsmaschinen, Sechsmaschinen, Schnellpressen in mehreren Betrieben aufgestellt und Schriftmaterial angeschafft worden, wofür Zahlungsverpflichtungen in Höhe von etwa rund 500 000 M. bestehen, die innerhalb eines Jahres abgetragen werden müßten. Monatlich müßten 40 000 M. (in dieser Höhe seien Wechsel in Umlauf gesetzt) aus den gesamten Neuwag-Betrieben herausgewirtschaftet werden. Das sei nur möglich durch Entlassung von Personal. Chemnitz müsse monatlich wenigstens 3000 M. an die Zentrale abliefern. Die Entlassung von neun Sechern ergebe ungefähr diese Summe. Bei Entlassung von nur fünf Sechern (die die Organisation zugestehen wollte) werde diese Summe lange nicht erreicht. Diese Personaleinsparungen müßten in allen Neuwag-Betrieben durchgeführt werden. Das Märgeln von dem zuffischen Kubel sei ein für allemal vorbei, die Betriebe müssen sich unter allen Umständen selbst tragen. Auch die Neuwag-Betriebe müßten rationalisiert werden, wenn sie konkurrenzieren können wollten. Der Neuwag-Betrieb in Chemnitz sei durch die Trennung in Druckerei und Kämpfer-Verlag nur Lohndruckerei, keine Zeitungsdruckerei.“ Das Geschäft mache eigentlich der Kämpfer-Verlag. Der Druck des Kämpfers würde leider nicht so bezahlt, wie es erforderlich wäre. Die Partei stecke das Geld ein, das in reinen Zeitungsbetrieben der Druckerei zufalle. Der Kämpfer-Druck erfordere sogar Zuschuß.“ Also auch hier zeigt sich dieselbe privatkapitalistische Taktik einer nur auf Lohn-druckerei abzielenden Trennung zwischen Abschluß- und Zuschußabteilungen innerhalb eines Unternehmens. Das hindert aber die kommunistischen „Wirtschaftsführer“ nicht, vor, während und nach Lohnbewegungen die Gewerkschaftsführer in der gewöhnlichsten Weise zu beschimpfen, weil sie wirtschaftliche Tatsachen so wenig aus der Welt schaffen können wie die kommunistischen Geschäftsführer!

Auch in dem gegenwärtig noch in voller Schärfe akuten Konflikt in der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen traten die ersten Differenzen zutage,

als teils von hinten her, teils offiziell von kommunistischer Seite darauf gedrängt wurde, den Betrieb von Arbeitern, die der KPD nicht angehörten, „zu säubern“. Zwar bemühte sich der in Frage kommende Geschäftsführer, namens Freudenreich, dieser „Säuberung“ zunächst von mehr geschäftlicher als parteipolitischer Seite her Antriebe zu geben. Er versuchte eine verschärfte Arbeitskontrolle gegen den Willen des Betriebsrates und des Personals einzuführen und kündigte gleichzeitig zwecks einer ihm von höherer Stelle vorgeschriebenen Senkung des Lohnkontos zwei Sechern, einem KPD-Mitglied und einem Parteilofer, sowie einer Einlegerin. Statt die Einführung eines neuen Kontrollzettels nach Ablehnung durch das Personal der Entscheidung der zuständigen Tarifinstanzen zu unterstellen, verlangte er diktorisch dessen Anerkennung und sprach nach deren Ablehnung die Entlassung der in Frage kommenden Arbeiter aus. Damit hatte der Geschäftsführer den auch ihm offenstehenden tariflichen Rechtsweg ausgeschlossen. Er war jedenfalls der Meinung, daß ein Geschäftsführer im Buchdruckgewerbe nur zu kommandieren brauche wie früher auf dem Kasernenhof, und alles liege vor ihm im Staube. Auch der Geschäftsführer einer kommunistischen Parteidruckerei sollte wissen, daß es einen solchen Kadavergehorjam bei strittigen Fragen im Buchdruckgewerbe nicht gibt, und daß in dieser Richtung sogar ein Urteil des Reichsschiedsrats vom 10. Februar 1926 vorliegt, in dem es heißt: „Es bedarf auch keiner Ausführung, daß ein Rechtssatz, der darauf hinausläuft, daß jede Vertragspartei sich zunächst jedem Anspruch des Gegners fügen muß und dann erst sich sein Recht verschaffen kann, weder nach dem Gesetz noch nach dem Tarif, besteht.“ Dabei, möchten wir nicht verhehlen, daß der Geschäftsführer der Solinger kommunistischen Parteidruckerei im vorliegenden Falle vor den zuständigen tariflichen Schiedsinstanzen wahrscheinlich den Erfolg gehabt hätte, daß sich die Unternehmervertreter restlos auf seine Seite gestellt hätten. Es wäre sicher von Nutzen gewesen, daß er in den Tarifinstanzen mit größter Sympathie in dem Geschäftsführer Freudenreich der KPD-Druckerei in Solingen ein Mann begrüßt worden; der ihren Interessen auf dem Gebiete der Arbeitskontrolle sehr willkommene Dienste zu leisten, bemüht war. Man könnte es beinahe bedauern, daß J. nicht so schlau war, sich von Unternehmenseite bestätigen zu lassen, daß er als Kommunist gleichzeitig ein Vertreter von Unternehmerinteressen ist, wie er nach ihrer Ansicht kaum besser zu wünschen wäre. Leider hat sich aber nun Mister Freudenreich ein solches Attest dadurch verschert, daß er so tolpatschig war, sich durch die fristlose Entlassung der nicht in Kadavergehorjam vor ihm ersterbenden Buchdruckergehilfen sich selbst „Recht“ zu verschaffen. Damit hatte er den tariflichen Boden verlassen und die in Frage kommenden Kollegen durch Absperrung gemahregelt; was nach gewerkschaftlichen Grundsätzen selbstverständlich die Sperrung der Druckereikommissionen in Solingen für alle Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zur Folge haben mußte. Und zwar mit allen organisatorischen Konsequenzen für jedes Verbandsmitglied, daß trotz dieser Sperre in diesem Betriebe arbeitet oder noch Stellung annimmt, solange der Konflikt nicht durch ordnungsgemäße Verhandlungen mit den zuständigen Verbandsinstanzen beigelegt oder die gewerkschaftliche Sperrung dieses Betriebes nicht offiziell durch das Verbandsorgan als aufgehoben erklärt wird. Wir verweisen auf die aus Anlaß dieses Konflikts bis jetzt schon aus dem Verband ausgeschlossenen kommunistischen „Arbeitswilligen“, deren Namen im Bericht der Bezirksver-

sammlung von Elberfeld in Nr. 28 des „Korr.“ vom 6. April auf Seite 181, mittlere Spalte, veröffentlicht worden sind.

Erschwerend tritt noch hinzu, daß nach dem ganzen Hergang der Dinge bei diesem Konflikt in Solingen der von unsern Kollegen abgelehnte Kontrollzettel nach unserer Auffassung nur ein Mittel zu der von dem Geschäftsführer erstrebten parteipolitischen Säuberung des Personals und der Senkung des Lohnkontos war. Denn die jetzt den kommunistischen Betrieb in Solingen noch aufrechterhaltenden Parteiklaven brauchen den Kontrollzettel nicht auszufüllen. Dieser Schikane sollten nur die jetzt Ausgesperrten unterworfen werden, obwohl der Geschäftsführer Freudenreich von diesen bis vor kurzem bezüglich ihrer Arbeitsleistungen nur Lobenswertes zu sagen wußte. Der Dreh mit der unersichtlichen Behauptung Freudenreichs „Unser Arbeiter sind alt und bereits verkalbt“ trat erst in letzter Zeit in Erscheinung, als die wirtschaftliche Lage des Betriebes infolge der verrückten parteipolitischen Verhöhnung der Arbeiterkraft sowohl durch Rückgang der Leserzahl der „Bergischen Arbeiterstimme“, Verknapfung des Inseratenteils und der sonstigen Druckaufträge schlechter wurde. Das ist zwar für alle Kenner der heutigen wirtschaftlichen Zusammenhänge und Imponderabilien eine ganz natürliche Erscheinung. Nur die kommunistischen Parteistrategen glauben, solche Rückwirkungen auf ihre geschäftlichen Unternehmungen nicht beachten zu müssen. Sie sind der naiven Ansicht, daß ihre propagandistischen Parteior-gane gleichzeitig die Parteikasse füllen sollten, statt zu beachten, daß sie ebenso wie andre Leute für die Verbreitung ihrer geistigen Erzeugnisse um so mehr Opfer bringen müssen, je weniger deren Käufer in der Lage sind, hohe Preise dafür zahlen zu können oder zu wollen. Ebenso hirnverbrannt und geschäftlich schwachsinzig, ist es, wenn sie annehmen, daß ihren Parteibetrieben, Druckaufträge oder „Inserate“ aus jenen Kreisen zustießen müßten, die sie im redaktionellen Teil in jeder Nummer in niederträchtigster Weise beschimpfen und verleumben. Wir haben gewiß besonderes Verständnis für eine möglichst uneingeschränkte Meinungsfreiheit der Redaktionen und ihrer Mitarbeiter und bedauern jede Redaktion, die auf den Inseratenteil ihres Blattes aus geschäftlichen Gründen besondere Rücksicht zu nehmen gezwungen ist. Wo aber diese Rücksicht nicht geübt werden will, da sollten die Redakteure wenigstens so viel Mut aufbringen, den Herausgebern ihrer Zeitungen auch bereitwillig zu machen, daß ihre Schreibweise nicht von den Einnahmen aus dem Inseratenteil ihres Blattes oder gar von der Erhaltung der sonstigen Kundenschaft der betreffenden Druckerei, am allerwenigsten bei einer parteipolitischen Zeitung, abhängig gemacht werden darf. Auch wir Buchdrucker müssen es ablehnen, für solche Rückwirkungen parteipolitischer Auffklärung durch Unsicherheit unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse noch besondere Opfer bringen zu müssen. Wenn eine Parteileitung wie die der kommunistischen Partei es für nötig findet, zur Erreichung ihrer Ziele die Schreibweise ihrer Zeitungen in schroffen Gegensatz zu der ganzen Umwelt zu stellen, so muß sie auch von vornherein einen sich daraus ergebenden Auftragsmangel in Rechnung stellen und ihre Parteibetriebe so finanzieren, daß sie auf Einnahmen aus gegnerischen Kreisen überhaupt nicht angewiesen sind. Wir sind ferner der Ansicht, daß bei einer rein politischen Besehung der Arbeitsplätze in Parteibetrieben die parteipolitische Gesinnung allein noch keinen besonderen Produktions- oder beruflichen Leistungsfaktor darstellt. Dazu gehört doch etwas mehr als nur das Parteibuch in der Tasche. Und wir vermuten stark, daß z. B. Geller, die ihre parteipolitische Gesinnung als ausschließlichen Be-

fähigungsnachweis für ihr Arbeitsverhältnis beurteilen, an allen Stellen, wo weniger parteipolitische Gesinnung als technisches und berufliches Können am Plage ist, entsprechend weniger gute Erfahrungen gemacht und hinterlassen haben. Denn so sicher der Mensch nicht allein vom „Brote“ leben kann, wird ihm dies auch nicht allein von Theorien möglich sein. Das hat schon Karl Marx gelehrt, indem er die menschliche Arbeitskraft als das materielle Fundament der menschlichen Gesellschaft bezeichnete und eine gerechtere Einteilung der Güterproduktion und Verteilung der Ergebnisse der letzteren nur als Mittel zur Umwandlung der ungerechten privatkapitalistischen Wirtschaftsform in eine sozialistische mit gleichen Rechten und Pflichten für alle Menschen verständlich zu machen suchte. Das ist im Kernpunkt das ganze Geheimnis der materialistischen Geschichtsauffassung, deren Anhänger doch auch die Kommunisten sein wollen. Die freien Gewerkschaften handeln und streben danach, nicht weil Karl Marx das so gelehrt hat, sondern weil nur auf diesem Wege die erforderliche Umwandlung der privateigentümlichen Wirtschaft in eine kulturell höher stehende Gemeinwirtschaft möglich ist und sein wird.

Dass diese Umwandlung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, beweisen gerade die hier nur ausgangsweise beleuchteten Konflikte in kommunistischen Parteidruckereien. Wir sehen in diesen Vorgängen die Anwendung von privatkapitalistischen Maximen und Rücksichtslosigkeiten gegenüber der Arbeiterklasse, wie sie in bürgerlichen Betrieben im Buchdruckgewerbe sowohl in materieller wie ideeller Beziehung nicht krasser in Erscheinung treten können. Wir haben z. B. gesehen, wie die kommunistische Parteileitung bei unserer letzten Lohnbewegung die Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung ihren Parteianhängern zur propagandistischen Pflicht machte und nach Abschluß der Lohnverhandlungen, in besonderen Anweisungen vom 22. März, zu einer willkürlichen Hehe gegen unsere Verbandsinstanzen aufforderte, weil diese Forderung weder anerkannt noch durchgesetzt werden konnte. Wo ist, so fragen wir hier öffentlich, auch nur ein Parteibetrieb der KPD. in ganz Deutschland, in dem die von der Leitung dieser Partei geforderte Lohnerhöhung ab 1. April in voller Höhe bewilligt worden ist? Nicht ein einziger Betrieb dieser Art ist uns bis jetzt bekannt geworden. Im Gegenteil, verschiedenen, vielleicht allen Geschäftsführern der KPD.-Buchdruckereien ist von der zuständigen Parteizentrale die Anweisung gegeben worden, keinen Pfennig mehr an Lohnerhöhung bei Inkrafttreten des neuen Lohns ab 1. April zu zahlen als dies tariflich vereinbart worden ist. Ein geradezu drastischer Beweis dieser passiven Resistenz auf dem Lohngebiete in KPD.-Betrieben ging uns vor einigen Tagen aus Frankfurt a. M. über den dortigen Peuvag-Betrieb in folgender Fassung zu:

Im Peuvag-Betrieb, der durch den Kollegen Paul Gerjone als Geschäftsführer geleitet wird, war es bisher üblich, daß die Kollegen bei Lohnbewegungen 10 Proz. mehr als Zulage erhielten, als die offizielle Zulage betrug. Infolgedessen wurden in der vergangenen Woche statt 2,50 M. 2,75 M. aufgeschrieben und bezahlt, jedoch entsteht der Lohnbeutel in bezug auf die 25 Pf. den Vermerk „Unter Vorbehalt!“ In dieser Woche wurde nun den Kollegen mitgeteilt, daß für die Folge diese 25 Pf. nicht mehr aufgeschrieben werden dürfen, und zwar auf zentrale Weisung hin, während Gerjone mit dieser Maßnahme nicht einverstanden gewesen sein soll.

Ein ähnlicher Fall, der noch schöffer und kleinlicher ist, wurde uns noch während der Niederschrift dieser Zeilen aus Düsseldorf berichtet, und zwar mit folgender Darstellung:

Im Düsseldorfer Peuvag-Betrieb, in dem die kommunistische „Freiheit“ gedruckt wird, die in der allgemeinen Weise unsere letzte Lohnbewegung heruntergerichtet hat, indem sie in Ballenüberprüfungen vomerrat der Gewerkschaftsbürokratie des Buchdruckerverbandes sprach, die die 20prozentige Lohnforderung veralten und sich mit nur 5 Proz. zufriedene gegeben hat, in diesem selben Betriebe wurde unsern Kollegen die 2,50 M. nicht einmal für die volle Lohnwoche ausgezahlt, sondern nur der Anteil für fünf Tage, den einen Tag, Sonnabend (vor Ostern), zog man von den 2,50 M. noch ab; und dies trotzdem wohl in allen übrigen Betrieben die 2,50 M. anstandslos bezahlt wurden, wenigstens ist bisher nicht bekannt geworden, daß ein Betrieb einen solchen kleinlichen Abzug gemacht hätte. Der Betriebsrat machte den Geschäftsführer der Peuvag, der bekanntlich wegen seiner Streikbrecherlei ausgeschloffen wurde und auch in einer Düsseldorfer Versammlung von demerrat der 20 Proz. sprach, auf diese Dinge aufmerksam. Trotzdem zahlte der Geschäftsführer Boigt die volle Woche nicht aus, sondern erklärte, was andre machen, sei ihm gleichgültig.

Man muß sich beinahe schämen, von solchen erbärmlichen Pfennigkudereien in Arbeiterbetrieben öffentlich berichten zu müssen. Und doch bleibt kein andres

Mittel, um zu beweisen, wie außerordentlich groß der Unterschied zwischen parteipolitischen Theorien und privatkapitalistischer Praxis in den eignen Betrieben der KPD. in Wirklichkeit ist. Man komme uns nicht mit Hinweisen darauf, daß die Entlohnung in solchen Betrieben an und für sich höher sei als in andern Betrieben. Denn es gibt in Deutschland noch viele andre Betriebe, in denen die Entlohnung der Buchdrucker nicht niedriger ist als in KPD.-Betrieben, und zwar, ohne solche Zumutungen parteipolitischer Art an ihre Arbeiter zu stellen, wie dies in KPD.-Betrieben der Fall ist. Wenn auch deren Zahl noch viel größer sein könnte, so muß doch gesagt werden, daß die KPD.-Betriebe keineswegs auf dem Lohngebiete durchweg an erster Stelle stehen. Steht man demgegenüber die von der Leitung der „Peuvag“ ausgehende Parole, die KPD.-Betriebe in Zukunft noch mehr als bisher zu rationalisieren, sei es durch verschärfte Arbeitskontrolle (in den meisten Fällen als „Antreiberei“ zu bewerteten, wofür wir einen Musterentwurf eines Maschinenführer-Kontrollzettels in Händen haben, den wir hier nicht veröffentlichen können, weil er allzu helle Freude bei den Unternehmern auslösen müßte), Personaleinschränkung (Entlassung älterer Arbeiter, die jahrzehntelang ihre Arbeitskraft dem Betrieb zur Verfügung gestellt haben), Senkung des Lohnes (Lohnrücker) usw., so sind auch das unbestreitbare Beweise dafür, daß die KPD. mit ihren Theorien zwar in Volkensludensheim, mit ihrer Praxis aber im Reiche der privatkapitalistischen Ausbeuter (vgl. kommunistischen Vorstoß jeder KPD.-Zeitung) heimatberechtigt geworden ist.

Wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ vom 9. April entnehmen, kam es in den letzten Tagen auch in der Leipziger kommunistischen Parteidruckerei, in der die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hergestellt wird, zu einem Konflikt, über den die „L. V.“ u. a. wie folgt berichtet:

Begonnen hat es mit einer Reihe von Maßnahmen gegen Buchdrucker, die nicht willfährig jede Schwantung in der offiziellen Thälmann-Politik mitmachen. Hier kam es schon zu schweren internen Auseinandersetzungen. Hand in Hand damit ging aber ein zunehmender sozialreaktionärer Druck von der Geschäftsleitung. Es kam so weit, daß den in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ beschäftigten Arbeitern und Angestellten nahegelegt wurde, durch Wink von oben, den Geschäftsführer der Buchdruckerei nicht mehr mit „Gentile“, sondern mit dem ehrerbietigeren „Herr“ anzupprechen. Dieser „Betr.“ hält es für seine wichtigste „kommunistische“ Aufgabe, den Arbeitern mit allen Mitteln Schwierigkeiten zu machen und sie auf das niederträchtigste zu beschämen.

Die scharfmacherische Gesinnung der Leipziger Betriebsdiktatoren ist aber noch nichts gegen den Geist, der von Berlin aus alle Betriebe der KPD. zu beherrschen beginnt. In der letzten Zeit ist eine offizielle Kontrollkommission nach Leipzig gekommen und hat die Möglichkeit einer „kommunistischen“ Rationalisierung geprüft. Das Resultat war die Kündigung einiger Geher, die schon eine ganze Reihe von Jahren im Betriebe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ beschäftigt sind. Diese Entlassungen erfolgten planmäßig, so, daß vor allem die Arbeitskollegen entlassen wurden, die in irgendeiner Weise der Geschäftsleitung nicht annehmbar waren, weil sie sich ihren sozialreaktionären Plänen widersetzen, indem sie Anspruch auf die Rechte erhoben, die die kapitalistisch-bürgerliche Republik der Arbeiterklasse zugeteilt hat. Getreu dem in der KPD. herrschenden Zustand schonte man bei diesen Maßnahmen vor allem die Parteifreien, während man langjährige Mitglieder der KPD. rücksichtslos auf die Straße warf. Bei der letzten Entlassung hatte man es vor allem auf ein bekanntes Mitglied der kommunistischen Jugend abgesehen, das auch gegenüber dem Thälmann-Kurs in Opposition steht.

Damit der Skandal aber noch größer wird, klagen jetzt acht Angehörige der Belegschaft des kommunistischen Parteibetriebes gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ vor dem Arbeitsgericht. Und zwar handelt es sich um Kollegen, die jetzt noch im Betriebe tätig sind. Vertreten werden sie durch den kommunistischen Betriebsrat der „Sächsischen Arbeiterzeitung“-Druckerei. Grund für diese Klage ist die Tatsache, daß die Belegschaft der „Arbeiterzeitung“ schmählich betrogen und belogen wurde bei der Betriebsumstellung, die anfänglich der Überführung in die neuen Geschäftsräume stattfand. Damals war ihr nämlich ausdrücklich versprochen worden, daß die Übernahme des Betriebes aus dem Verlag der „Ins“ in den der „Peuvag“ ohne Schädigung und Beeinträchtigung ihrer sozialen Rechte und Begünstigungen erfolgen sollte. Von Beginn an hat hier aber die Geschäftsleitung Schwierigkeiten gemacht. Insbesondere hat sie die Arbeiter und Angestellten bei der Bezahlung in Krankheitsfällen ungünstig gestellt als vorher.

Weil die Belegschaft der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in ihrer großen Mehrheit proletarischen Geist und Klassenbewußtsein aufzuweisen hat, obwohl sie in einem kommunistischen Betrieb ist, ließ sie es sich nicht gefallen und erhob — wie schon erwähnt — in einer Anzahl von Fällen durch den Betriebsrat Klage beim Arbeitsgericht. Selbstverständlich hat dieser Schritt, den die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in jedem Falle, wo es sich um einen andern Betrieb als den ihren handeln würde, radikal empfohlen hätte, die größte Empörung bei den kommunistischen Parteifreien erregt. Eine Intervention

der Bezirksleitung fruchtete nichts. Sie war weder imstande, die Geschäftsleitung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zur Anerkennung ihrer arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, noch die Belegschaft „auf Vernunft“ zu bringen.

Was war die Folge? Das Zentralkomitee der KPD. wurde als höchste Instanz von der Geschäftsleitung angerufen, um mit eigener Hand Ordnung zu schaffen. Ein Vertreter dieser erlauchten Körperschaft kam schließlich nach Leipzig gefahren, um den Betriebsrat unter Druck zu nehmen. Man mutete ihm also einen bewußten Verrat der Interessen der Belegschaft zu. In diesem Falle hatten aber die Weltrevolutionäre kein Glück. Der Betriebsrat blieb fest und auch eine im Betrieb mit allerlei sonstigen Drohungen und auch mit gewissen Versprechungen gegenüber einzelnen durchgeführte Aktion, die die Arbeiter veranlassen sollte, ihrerseits die Klagen der Klage zu vollziehen, blieb erfolglos.

Augenblicklich sind die Verhältnisse innerhalb des Betriebes der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ also derart, daß eine baldige Explosion denkbar ist. Die Erregung wird durch zwei Tatsachen besonders gefördert. Erstens: Als es zu Entlassungen kam, wurde ein Arbeiter, der ohne den vorgeschriebenen Weg über den Arbeitsnachweis in den Betrieb gekommen ist, nicht entlassen, obwohl er noch nicht lange im Betriebe beschäftigt und parteilos ist. Grund: er ist ein guter Freund des einen Betriebsdiktators. Zweitens: Man begründet einen Teil der Kündigung mit Arbeitsmangel, und ein Teil der Druckmaschinen der KPD. nächstehenden Organisationen wird in bürgerlichen Druckereien hergestellt. All diese Umstände, der zunehmende sozialreaktionäre Druck, die Bevorzugung der Parteifreien, die Einschränkung der Rechte des Betriebsrates, zeigen den wahren Geist, der in der KPD. herrscht. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist es jedenfalls hundertprozentige „Wirtschaftsdemokratie“!

Damit möchten wir vorläufig dieses sehr unerfreuliche Kapitel aus der deutschen Arbeiterbewegung der Gegenwart abschließen. Zwar wäre noch viel mehr dazu zu sagen; aber wir wollen davon Abstand nehmen, das Unternehmertum noch deutlicher erkennen zu lassen, daß sie in den Kommunisten leider keine praktischen, sondern nur theoretische Gegner haben. An Hand der neueren Erfahrungen unserer Kollegen in manchen kommunistischen Parteibetrieben müssen wir sagen, daß es ein Segen für die Arbeiterschaft ist, daß sich die Parteibetriebe der kommunistischen Partei Deutschlands in der Hauptsache nur auf das graphische Gewerbe beschränken. Zwar könnten wir Buchdrucker das bebauern, denn wenn sich die kommunistische Unternehmerpraxis auch noch auf andre Produktionsgebiete erstrecken würde, dann wäre sicher das Verständnis für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf der Buchdrucker gegen die parteipolitische Diktatur der kommunistischen Arbeiterzerpflücker weit größer und für die gesamte Arbeiterbewegung viel heilsamer. Aber wir haben trotzdem keine Ursache, diese Begrenzung der praktischen Hilfe für das Unternehmertum von kommunistischer Seite allzu traurig zu nehmen. In ihren eignen Betrieben müssen die Kommunisten die Erfahrung machen, daß auch sie nur mit Wasser kochen und nicht mit dem Kopf die Wand der harten wirtschaftlichen Tatsachen durchstoßen können, ohne dabei selbst auf den Hund zu kommen. Sollte die von uns vorgenommene Beleuchtung dieser scharfen Gegensätze zwischen kommunistischer Theorie und Praxis dazu beitragen, wenigstens unsere Kollegen, die sich zurzeit noch mit überhöhten kommunistischen Phrasen abquälen, zu tieferem Nachdenken zu veranlassen und sie davon zu überzeugen, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker und die kollegiale Zusammenarbeit mit allen Kollegen zum Besten unserer gewerkschaftlichen Kräfte und Ziele auch ihnen eine weit festere Grundlage für ihr Leben und ihren Kampf ums Dasein bietet, so werden diese Zeilen nicht umsonst geschrieben sein.

Zur Spartenfrage

Wieder einmal haben die Gehilfenvertreter in tagelangen, nervenaufreibenden Verhandlungen um die Erhöhung unsres Lohnes gekämpft. Wer wollte daran zweifeln, daß jeder Vertreter sein Bestes hergab, um einen Lohn zu erreichen, der uns wenigstens eine menschenwürdige Existenz sichert. Angesichts der Wirtschaftslage Deutschlands und der Einstellung des deutschen Unternehmertums der Arbeiterschaft gegenüber, aber auch bei der uns bekannten Kampfstellung der Buchdruckprinzipale unserm Verband gegenüber, hatten wir bei den diesmaligen Lohnverhandlungen unsere Erwartungen wünschlich nicht allzu hoch geschraubt. Aber groß war die Enttäuschung dennoch, als das Lohnergebnis bekannt wurde. Etwas mehr soziales Verständnis halten wir doch von den Prinzipalen erwartet. Doch die Lohnverhandlungen sind beendet, unsere Vertreter haben zu dem Ergebnis ihre Zustimmung gegeben, an dem Resultat konnte nachträglich von der Gehilfenchaft nichts mehr geändert werden. Wenn unsere Gehilfenvertreter uns bei der Berichterstattung erklärten, daß auch sie keineswegs von dem Ergebnis betrieblig sind, so sind wir es schon lange nicht, ja es hat dieses magere

Ergebnis bei einem sehr großen Teil der Kollegenschaft sogar berechtigte Empörung ausgelöst. Nach der Berichterstattung im „Korr.“ hat man sich in den meisten Orten des Reiches unbedrieht mit dem Resultat abgefunden. Es wäre aber eine schwere Täuschung, daraus zu schlussfolgern, als hätte die Gehilfenschaft nichts anderes erwartet und sehe jetzt den Spitzenlohn von 58,50 M. als das Existenzminimum für eine Buchdruckerfamilie an. Nur unsere unerhörteste organisatorische Disziplin und unsere stets bewiesene Vertragsstreue geboten uns, dieses Ergebnis zu schlucken. Damit wird die diesjährigen Lohnverhandlungen für uns erledigt; wir haben uns jetzt mit der Frage zu beschäftigen: Welche Schlussfolgerungen hat die Gehilfenschaft aus dem Verlauf dieser Lohnbewegung zu ziehen? Im Juni treten unsere Delegierten zum Verbandstag wiederum zusammen, um zu prüfen, ob unser Verband seinen bisher eingeschlagenen Weg zur Verbesserung unserer Lebenslage weitergehen kann oder ob es Zeit und Umstände erfordern, daß neue Wege beschritten werden müssen. Die Kernfrage zur Verbesserung unserer Lebenslage ist zweifellos die Lohnfrage. Stellen wir unsern Lohn zu den Löhnen der übrigen Arbeiterschaft in Vergleich, so müssen wir feststellen, daß sich dieser zwar fortlaufend einmal mehr, einmal weniger erhöht hat, daß wir in bezug auf die Lohnhöhe aber nicht mehr die Stelle einnehmen in der gesamten Arbeiterschaft, die wir früher innehaben. Zu unserer Freude erkennen wir, daß es in der übrigen Arbeiterschaft in dieser Hinsicht auch vorwärts geht, aber wir sollten auch zugeben, daß wir nicht mehr Schritt halten. Ausgehend von unserm alten Minimum von 56 M. mit einem Stundenlohn von 1,17 M. können wir nach der Statistik des ADGB. von Ende 1928 feststellen, daß wir in der Höhe des Stundenlohnes von 42 aufgeführten Gewerben resp. Verbänden z. B. in Berlin an 20., in Chemnitz an 13., in Hamburg an 18. und in Leipzig an 13. Stelle stehen. Ungefähr das gleiche Bild ergibt sich in den übrigen Orten Deutschlands. Durch die Zulage von 2,50 M. sind wir in Berlin an 15., in Chemnitz an 12., in Hamburg an 15. und in Leipzig an 12. Stelle gerückt, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß diese Verbände inzwischen auch ihre Lohnbewegungen haben und uns wieder überflügeln werden. Sehen wir uns nun einmal ältere Statistiken des ADGB. an, so können wir feststellen, daß wir z. B. in Berlin mit unserm Stundenlohn schon an 13., 9., 7., 5. Stelle der 42 angeführten Gewerbegruppen gestanden haben. Also, was unsern Lohn anbetrifft, sind wir nicht mehr die Elite der Arbeiterschaft — das war einmal.

Aber lassen wir diese Vergleichstellung beiseite und prüfen wir einmal, ob unser Minimum von 56 M. wirklich ein Existenzminimum ist. Ich nenne das alte Minimum, weil die Statistik des Verbandsvorstandes von diesem ausgeht, und die Erhöhung von 2,50 M. ja knapp den Ausgleich für die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Mieterhöhung usw. gebracht hat. Es wird wohl ernstlich niemanden geben, der die 56 M. als einen Kulturlohn ansieht. Aber sind denn 56 M. (jetzt 58,50 M.) in der Spitze als ein Existenzminimum anzusprechen? Kann denn eine Familie, angenommen nur Mann, Frau und zwei Kinder, von diesem Lohn nach Abzug aller sozialen Beiträge usw. menschenwürdig leben? Das probiere jeder selbst einmal, er wird zu dem Ergebnis kommen, daß ein solches Leben nur ein Vegetieren ist, selbst bei dem Lohn von 58,50 M. Warum arbeiten denn unsere Frauen, heut in noch viel größerem Umfange als in früheren Zeiten, mit, doch nur um existieren zu können. Ist denn nicht ein Vater, wenn er drei, vier oder noch mehr Kinder hat, auf jeden Pfennig, den ihn vielleicht einer der älteren Söhne oder Töchter als Lehrling bringt, angewiesen? Der kolossale Zuwachs an weiblichen Arbeitskräften in allen Berufen ist doch nur zurückzuführen auf die Anzulänglichkeit der Löhne, die eben noch keine Existenz für den Arbeiter bieten. Nach der Statistik des Verbandsvorstandes arbeiten noch 16,9 Proz. unserer Mitglieder zum glatten Tariflohn. Wieviel ver-

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



August Sagebiel in Hannover
Eingetreten: 8. April 1869 — Jetzt Invalide

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Ludwig Güthers in Hannover
Eingetreten: 16. April 1879 — „Hannoverscher Arbeiter“



Max Kossburg in Dresden
Eingetreten: 19. April 1879
Buchdruckerei G. Heinrich in Dresden



Hermann Braun in Berlin
Eingetreten: 12. Januar 1879
Jetzt Invalide

heiratete Familienväter sind hierin wohl einbegriffen, die, um durch den Entzug der staatlichen Erwerbslosenunterstützung ihre Angehörigen vor noch größerer Not zu bewahren, für das Minimum eine Kunst annehmen, obwohl sie ihren Fähigkeiten entsprechend ganz anders entlohnt werden müßten. Der größere Prozentsatz der Gehilfenschaft hat zwar einen höheren Lohn. Aber selbst wenn wir das Existenzminimum in einem Ort mit 25 Proz. Lokalzuschlag auf 66 M. festlegen wollten, so geht aus der Statistik hervor, daß 70,9 Proz. diesen Lohn trotz überarbeiteter Bezahlung noch nicht erreichen haben. Nur 29,1 Proz. einschließlich Berechner unserer Mitglieder werden zu diesem Lohn und darüber entlohnt. Nun ist ja wenigstens das eine Erreichte bei den diesmaligen Lohnverhandlungen anzuerkennen, daß die Zulage von 2,50 M. nicht nur auf die Tariflöhne, sondern auf alle Löhne gezahlt werden muß. Damit ist zwar das allgemeine Lohnniveau um etwas gehoben, aber doch gerade nur so viel, wie die Verteuerung ausmacht. Von einer Besserstellung der Buchdruckergehilfen in ihrem Lebensstandard kann doch endlich nicht gesprochen werden. Unsere Frauen müssen heute noch genau so mitarbeiten wie vordem, und die Not in den Familien ist immer noch die gleiche. Es ist aber hierbei noch etwas andres in Betracht zu ziehen. Kann denn der Buchdrucker mit wirklich 66 M. errungenem Lohn laufend seine Familie über Wasser halten, ist er denn nicht in jedem Jahr mehr oder weniger wochenlang ohne Arbeit? Woher lebt er dann? Vom Einkommen der Frau, oder er fällt der Wollfahrt zur Last. Also, selbst wenn ein Gehilfe einen Lohn von 66 M. in einem Ort mit 25 Proz. Lokalzuschlag erreicht hat, so ist das nicht sein Existenzminimum, vielmehr ist dieses durch die arbeitslosen Wochen, sehr oft Monate, bedeutend herabzusetzen. Zieht man noch in Betracht, daß am Stichtage der Statistik 6053 Arbeitslose und Kranke vorhanden waren, die nicht nur tags- und wochen-, sondern monatelang auf dem Arbeitsnachweis lagen, so wird man zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß sich ein Existenzminimum überhaupt nur für einen Gehilfen errechnen läßt, der dauernd in Kondition steht. Betrachten wir nun einmal die Entlohnung innerhalb der einzelnen Berufsgruppen unfers Lohnverhältnisses und stellen diese vergleichend gegenüber, so zeigen sich hierbei Resultate, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als ungesund und ungerecht bezeichnet werden müssen. Wie steht es in der Entlohnung der einzelnen Sparten in Wirklichkeit aus? Nehmen wir als besserbezahlten Gehilfen in einem Ort mit 25 Proz. Lokalzuschlag wiederum einen Gehilfen an, der 66 M. und darüber hat. Nach der Statistik ergibt sich dann folgendes Bild:

	Zum Tariflohn von 56 M. bis 10 M. mehr	10 M. und mehr aber Tariflohn von 56 M.	10 M. und mehr aber Tariflohn von 56 M.
Handseher und Schweizerdegen	81,7 Proz.	18,3 Proz.	26,3 Proz.
Sonstige Gehilfen	73,8 Proz.	26,1 Proz.	21,1 Proz.
Flachdrucker	72,6 Proz.	27,4 Proz.	27,4 Proz.
Korrektoren	59,8 Proz.	40,2 Proz.	40,2 Proz.
Maschinenseher	47,9 Proz.	52,1 Proz.	52,1 Proz.
Stereotypsetzer u. Galvanoplast.	45,8 Proz.	54,2 Proz.	54,2 Proz.
Rotations	35,3 Proz.	64,7 Proz.	64,7 Proz.

In Ziffern umgerechnet ergibt diese Aufstellung folgendes Bild:

	Zum Tariflohn von 56 M. bis 10 M. mehr	10 M. und mehr aber Tariflohn von 56 M.	Gehilfenzahl insgesamt
Handseher und Schweizerdegen	32 024	7 109	39 133
Sonstige Gehilfen	478	169	647
Flachdrucker	11 491	4 320	15 811
Korrektoren	1 690	1 134	2 824
Maschinenseher	5 557	6 037	11 594
Stereotypsetzer u. Galvanoplast.	1 251	1 480	2 731
Rotations	900	1 646	2 546
Summa	53 391	21 895	75 286

„Wer walzt mit?“

So findet man des öfteren eine Anzeige im „Korr.“ betitelt. Recht so, Kollege, du hast wenigstens noch ein bißchen Mut, aber leider sind es heutzutage nur noch wenige, die den alten Brauch der Buchdruckerzunft nicht untergehen lassen wollen. Ein Mahnruf an die jungen Kollegen soll es sein, nehmt euch ein Beispiel an manchen älteren Kollegen, die heute noch auf die Walze gehen. Nicht vielleicht, weil sie keine Arbeit mehr bekommen (sie könnten ja am Orte bleiben), nein, in ihnen ist noch der alte Geist, und ohne diesen wäre es mit unserm ganzen Verband nicht so gut bestellt. Natürlich tragen an diesem Übel ein großer Teil der Eltern schuld. Sie sagen selbstverständlich, sei froh, daß du deine Arbeit hast, du stehst ja das tägliche Waschen der Arbeitslosigkeit; früher war das anders. Kann das heute nicht auch so „anders“ sein wie früher? Ein Klein bißchen Nachdenken muß zu dem Ergebnis führen: Würde heute vom Verband eine Bestimmung herauskommen, daß jeder Neuausgelernte, sagen wir nach einjähriger Gehilfenarbeit, auf die Walze gehen müßte, und zwar fremdgeschrieben, das heißt zwei Jahre walzen und während dieser Zeit nicht länger als drei Monate an einem Ort arbeiten, dann muß es genau so kommen wie früher. Kein Kollege würde nach längerer Arbeitslosigkeit eine minderbezahlte Stelle antreten müssen, auch müßte kein alter Kollege walzen, während die Jungen für ein paar Groschen arbeiten, und das wäre eine wertvolle Ergänzung der üblichen Lohnverhandlungen am

grünen Tisch. Nebenbei kann ein Kollege, der auf der Walze war und verschiedenorts gearbeitet hat, auf Grund seiner erlangten Kenntnisse und Zeugnisse mehr verlangen und vor dem Unternehmer immer gerade stehen. Wollt ihr für ein paar Groschen euer Lebensmark auspressen lassen? Dann bleibt, ihr jungen Kollegen, ruhig euer Leben lang hinter dem einen Rasten stehen und schuftet, bis der große Unbekannte, der Tod, die Hand nach euch ausstreckt, und dem sonst so schönen Leben ein Ende bereitet. Was war dann euer teures Leben? Ein Nichts, ein aufstimmendes, nie hell leuchtendes Lichtlein, vergebens gegen die umgebende Dunkelheit kämpfend, mit andern Worten, ein ewiger Kampf um das tägliche Brot, ohne einmal einen Hauch, einen Duft der Lebensweise der oberen Zehntausend zu spüren. Sind wir doch alle nur Menschen und kann uns keiner das Recht nehmen hinauszuzwandern, Erfahrungen und Wissen zu sammeln, um diese Macht des Wissens den Gewerkschaften dienstbar zu machen gegen die Ausbeutung des rückichtslos waltenden Kapitals. S. W.

Ursachen und Verhütung gewerblicher Lärmichwerhörigkeit

Die gewerbliche Lärmichwerhörigkeit und Taubheit, Leiden, von denen viele in geräuschvollen Betrieben tätigen Arbeiter, besonders Nietler, Feilschmiedee, eingetragene Gruppen der Textilarbeiter und viele andre mehr

betroffen werden, finden in den letzten Jahren durch die gewerbedienstliche Wissenschaft größere Beachtung. Lärmichwerhörigkeit und Taubheit sind Leiden, die den Betroffenen in seiner Erwerbsfähigkeit stark beschränken und besonders geeignet sind, die Lebensfreude des Arbeiters zu verringern. Wer nicht hört, ist von vielen Genüssen des Lebens ausgeschlossen!

Mit um so größerer Freude kann festgestellt werden, daß in nächster Zeit die Beseitigung in Kraft treten wird, durch welche die gewerbliche Lärmichwerhörigkeit als entschädigungspflichtige Berufskrankheit gesetzliche Anerkennung findet.

Wichtiger aber als die Entschädigung des entstandenen gesundheitlichen Schadens ist seine Verhütung. Diesem Zwecke dient das folgende Merkblatt, das von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbedienstliche zusammen mit dem Reichsgesundheitsamt unter führender Mitwirkung von Brandes, dem Vorsitzenden des ADGB, und andern Gewerkschaftsvertretern, Ohrenärzten und Berufsgenossenchaften ausgearbeitet worden ist. Das Lärm-Merkblatt* wendet sich an die Unternehmer, denen es obliegt, durch geeignete Bauweisen und andre Maßnahmen möglichst überflüssigen Lärm im Betriebe zu vermeiden. Ferner wendet es sich an die Arbeiterschaft und gibt Ratssätze

* Zu beziehen von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Neuwelt 49. Die Presse stellen sich auf 10 Pf. für das Einzel Exemplar, 750 M. für 100 Stück und 50 M. für 1000 Stück.

Es haben also 53 391 (70,9 Proz.) Gehilfen einen Lohn bis 66 M. und 21 895 (29,1 Proz.) 66 M. und darüber. 12 734 (16,9 Proz.) der Gehilfen arbeiten noch zum reinen Tariflohn. Prüft man diese Ziffern genauer, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die drei Berufsgruppen Handsetzer (einschließlich Schweizerdegen und sonstige Gehilfen), Flachdrucker und Korrektoren die Minderentlohnsten in unserem Beruf sind. Von 58 415 Gehilfen dieser drei Gruppen haben 45 683 bis 66 M. und 12 732 darüber. Von den besser-entlohnsten drei Gruppen der Maschinensetzer, Stereotypsetzer (Galsanoplastiker) und Notationen haben von insgesamt 10 871 bis 66 M. 7708, über diesen Satz 3163. Zieht man hierzu noch die Arbeitslosigkeit in unserm Berufe in Betracht, so verschlechtert sich die Stellung der Minderentlohnsten noch mehr. Sie haben nach der Statistik auch noch den größeren Prozentsatz der Arbeitslosigkeit aufzuweisen, zugegeben, daß sich bei den Maschinensetzern in der letzten Zeit die Arbeitsmarktlage bedeutend verschlechtert hat. Demgegenüber muß aber auch wieder zugestanden werden, daß die besserbezahlten Kollegen wohl doch etwas leichter über die Arbeitslosigkeit hinwegkommen als die Minderentlohnsten. Bei objektiver Beurteilung unserer Entlohnung, wie sie in Wirklichkeit sich zeigt, wird wohl jeder zu der Erkenntnis kommen müssen, daß in ihr ein Mißverhältnis besteht, das als unbillig und ungerecht bezeichnet werden muß. Der Lohn soll nach der geleisteten Arbeit bemessen und gewährt werden. Die Handsetzer, Flachdrucker und Korrektorenkollegen schämen aber ihre geistige und physische Arbeit um nicht ein Prozent niedriger ein als die höher entlohnsten Maschinensetzer, Stereotypsetzer und Notationen. Nun liegt allerdings die übertarifbezogene im Gebiet der Leistungszulagen, die nicht der Tarifgesetzgeber schafft, sondern sich jeder Gehilfe selbst verdienen muß. Abgesehen davon, daß ein großer Teil der heutigen übertariflichen Bezahlung nicht mehr als reiner Leistungslohn angesehen werden kann, steht andererseits fest, daß unsere Lohnunterhändler bei der tariflichen Lohnfestsetzung von den wirklich gezahlten, also den übertariflichen Löhnen, ausgehen. Wird nun aber die trotz qualitativer gleicher Arbeitsleistung so unterschiedliche Entlohnung in den einzelnen Berufsgruppen als unbillig und ungerecht erkannt, so muß man auch die weitere Schlussfolgerung ziehen, diesen ungesunden Zustand zu beseitigen.

Gewerkschaftlicher Grundfalsch ist, dort zuerst zu helfen, wo die Not am größten ist. Sie ist am größten bei den 45 683 Gehilfen, die noch nicht einmal ein menschenwürdiges Existenzminimum erreicht haben. Bei den vorjährigen wie bei den diesjährigen Lohnverhandlungen sind unsere Unterhändler trotz des Kolkschreies der Bedrückten über diese Ungerechtigkeiten hinweggegangen. Wohin steuern wir in der Lohnpolitik, wenn wir diesen hier aufgezählten Dingen nicht Rechnung tragen? Wäge der Verbandstag in Frankfurt a. M. in eine gründliche Prüfung unserer Lohnpolitik eintreten und sich zu der Erkenntnis durchringen, daß bei der heutigen Auswirkung der übertariflichen Bezahlung in den einzelnen Berufsgruppen Lohnunterschiede vorhanden sind, die für die Minderbezahlten untragbar sind. Unser gewerkschaftlicher Kampf gilt der Verbesserung unserer Lohns- und Arbeitsbedingungen, darum wird auch der kommende Verbandstag an diesen hier aufgezählten Dingen nicht vorbeigehen können. Gibt es doch das Problem zu lösen: Wie ist dem Bedürftigen zu helfen?

P. B.

Der Artikel des Kollegen pb. (Leipzig) „Warum Spartenvereine?“ in Nr. 24 des „Korr.“ erhellicht eine Antwort. Die Fragen 1 und 2 lassen nicht gerade sehr viel Verständnis für die Spartenbestrebungen überhaupt erkennen, und ich will Ihnen, verehrter Kollege pb. (Leipzig), deshalb zuerst verraten, daß alle Sparten nicht Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck, d. h., ein sehr geeignetes Mittel zur Vertiefung und Befestigung des Organisationszweckes und zur Hebung des Berufsstandes sind.

Die Sparten betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, die technische Fortbildung und die Hebung des Allgemeinwissens ihrer Mitglieder zu pflegen und zu fördern. Da nun die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder zugleich spartenorganisiert ist, leisten die Sparten durch ihre Fortbildungsbestrebungen ein ganz gewaltiges Stück Arbeit für die Allgemeinheit; denn nur dann, wenn das Gros unserer Kollegen mit dem technischen Fortschritt Schritt hält, besteht die Gewähr, nicht nur unser jetziges Lohnniveau zu halten, sondern auch — gestützt auf unser technisches Können — und durch persönliche Initiative das Minimum nicht zum Maximum werden zu lassen und so den Boden zu kommenden Verhandlungen quasi zu ebnen. Diese Arbeit kann aber mit dem besten Willen nicht in den Organisationsveranstaltungen und sonstigen Verbandsvorstellungen unserer Mutterorganisation geleistet werden, denn dazu sind die Anforderungen, die in gewerkschaftlicher, politischer und sonstiger Beziehung an den Verbandsoffizier und seine nachgeordneten Instanzen gestellt werden, zu groß. Darum, lieber Kollege pb. (Leipzig), brauchen wir Spartenvereine und Spartenfunktionäre, damit die Großstadt die Provinz beauftragt, beiderseitige Erfahrungen und Kenntnisse ausgetauscht werden, Delegationen und Spesen — nicht für Vereinszwecke, sondern zum Nutzen der Allgemeinheit. Als berufene Organisation zur Pflege der individuellen Weiterbildung kommen deshalb nur die Sparten in Betracht. Warum der Bildungsverband, dem anzugehören ich ebenfalls die Ehre habe, nicht als Gesamtorganisation in Frage kommt, das, lieber Kollege pb. (Leipzig), erfahren Sie am besten an Ort und Stelle, d. h., in Leipzig selbst bei den einzelnen Spartenvereinen. Gewiß, Kollege pb. (Leipzig), Nationalisieren tut not, aber nicht schlagwortartiges, sondern praktisches Nationalisieren im Denken, Fühlen und Handeln gegenüber den gesamten Organisationsbestrebungen, aber nicht gegen die Sparten, sondern auf Kosten der örtlichen und Gaunternützungsanstaltungen.

Mainz.

M. Bitter.

In Nr. 24 des „Korr.“ glaubt ein Kollege aus Leipzig die Spartenvereine bekämpfen zu müssen. Er gibt mit seinen Ausführungen recht, daß er selbst Handsetzer ist, aber vielleicht nicht Mitglied der Handsetzerpartei. Ist er aber dennoch Mitglied, so rechne ich ihn nur unter die Gruppe der zahlenden Kollegen. Nur wenn er im Kampfe der Sparte steht und nicht müßig von der Seite die „scheinbare“ Nichtberechtigung der Sparte ansieht, kann er verstehen, wie notwendig es für die Handsetzer ist, eine Zentralkommission zu bilden. Der Kollege anerkennt die Sonderforderungen der Handsetzer. Doch können wir diese nicht bloß von dem Hauptvorstand des Verbandes erwarten. Durch die Zentralkommission jedoch ist den Handsetzern Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche in puncto Bezahlung zu unterstreichen. Die Mehrkosten eventueller Delegationen usw. tragen jedoch aber die Sparten selbst. Die Existenzberechtigung der einzelnen Spartenvereinigungen möge beliebiger Kollege daraus erkennen, daß die Maschinensetzerpartei bereits ihr Leben 25 Jahre bewiesen hat. Und da heute alle Maschinensetzerkollegen in ihrer Sparte sind, glaube ich nicht, daß sich diese Vereini-gung so ohne weiteres auflösen wird. Ebenso die Handsetzerpartei. In verhältnismäßig kurzem aber hartem Ringen hat sie sich endlich so weit durchgekämpft, daß ihr so quasi die Bildung einer Zentralkommission gegüllet ist. Sollen wir dies aufgeben? Niemals! Wenn der Schreiber des Artikels in Nummer 24 die „Mitteilungen der Handsetzer“ bezieht, so möge er einmal die Verammlungsberichte genau lesen. Sie werden ihm zeigen, wie in den Handsetzervereinigungen gearbeitet wird. Eine Freude ist es, in jeder Nummer die „Neugründungen“ verfolgen zu können. Die Kollegen sind eifrig bei der Sache und be-

weisen dadurch, daß die Sparten eine unbedingt notwendige Einrichtung sind zum Wohle ihrer Mitglieder und des Verbandes.

Wohl ist für die Fortbildung der Kollegen der Bildungsverband da. Doch ist es dem Bildungsverband nicht möglich, alle die technischen Fragen und Aufgaben der einzelnen Berufsgruppen vollständig behandeln zu können. Die Ortsgruppen des Bildungsverbandes haben in der heutigen Zeit mit der „modernen Typographie“ in der Befriedigung des Arbeitsbedarfes vollständig genug zu tun, um ihre Mitglieder immer auf dem laufenden zu halten. Da ist es nun auch Aufgabe der Sparten, ihren Mitgliedern in ihrem Gebiete vorwärtszuhelfen. Doch ist es dabei nicht Aufgabe der Sparten, den Bildungsverband zu verdrängen, sondern sie wollen ihn unterstützen und ergänzen. Die Ansicht des Verfassers des Artikels in Nr. 24, wonach die Spartenvereine zum Nutzen der Invaliden aufgelöst werden sollten, ist daher völlig abwegig. Den Invaliden wäre viel besser zu helfen, wenn man vor allen Dingen die Reichsinvalidenunterstützung beziehenden Kollegen ihr Alter in Ruhe verdrängen ließe und stellte dafür die jungen arbeitslosen Kollegen ein. Dadurch könnte man viel Arbeitslosgelbesparen, die doch mindestens genau so hoch sind, wie die Invalidenunterstützung. Es würde somit die eine Ausgabe teilweise gestrichen werden können. Die so ersparten Gelder könnte man den Invaliden zugute kommen lassen.

F a t u (Würgburg.)

Korrespondenzen

Klagen. Inre Bezirksgeneralversammlung war von über 150 Kollegen besucht. Die „Graphia“ spendete zwei hübsche Vollsieder, wir würden ihr aber dankbar sein, wenn wir demnächst mal wieder einen kräftigen, kampfsprohen Arbeiterchor von ihr hören könnten. Vorherrscher K i e n gedachte unserer Toten des letzten Quartals und gab nach den geschätzlichen Mitteilungen und dem einwandfreien Kassenbericht 5 a n g e n s den Jahresbericht. Neben den internen Vorgängen in unserm Gewerbestreife er in einem Überblick die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Zeiterscheinungen überhaupt und beleuchtete unter anderem die kampfsprohen Bestrebungen der Innungen, von den Ortstrantantien loszulommen, was ihnen in Dürren leider schon weitgehend gelungen ist. Redner zeigte unser vitales Interesse daran auf, die Innungstrantanten durchwegs abzulehnen und wies weiter auf die demnächstige Einführung des sozialen Krankengeldes hin, das in mancher Beziehung als Verbesserung zu werten sei. Schließlich erwähnte er noch Übergriffe einzelner Unternehmerr auf tariflichem Gebiete, insbesondere hinsichtlich der Leistungsordnung, wo wir das notwendige energische Durchgreifen der Handwerkskammer noch sehr vermehrt haben. Aus der Verammlung wurden Wünsche nach gewerkschaftlicher Unterbindung der Sonntagsarbeit im Zeitungsgewerbe, Erhöhung der Invalidenten usw. laut. Der alte Vorstand blieb nach einstimmiger Wiederwahl im Amte. Zu registrieren bliebe noch, daß zum ersten Male bei uns, die Damen der Kollegen zur Verammlung zugelassen waren. Hoffentlich machen die Betroffenen von diesem neuen Recht in Zukunft regen Gebrauch, ihrer Eheren sind wir dann schon sicher. — Die M o n a t s v e r s a m m l u n g am 9. März hörte ein Referat des Kollegen S t r a h m a n n (Röß) über „Zweck und Ziele der Handsetzerpartei“. Der Referent, der mit seinen 66 Jahren noch ein prächtiges Vorbild von tatkräftiger Organisationsarbeit gibt, stellte seine Ausführungen unter den Leitfaden: „Eilt der Verband, dann die Sparte“. Er konnte außer lebhaftem Beifall noch den Erfolg verzeichnen, daß sofort eine Kommission die Gründung einer Handsetzerpartei in die Hand nahm. Inzwischen hat bereits die große Mehrheit der Kassen der Handsetzer ihren Beitritt erklärt.

Mischerleben. In unser stark besuchten V e r s a m m l u n g am 26. März, zu welcher die Vorstände des Bezirks eingeladen waren, gab Kollege J a n s o n den Bericht über das neue Lohnabkommen. Die Verammlung brachte zum Ausdruck, daß Unzufriedenheit über das geringe Ausmaß des Abkommens herrsche. Bemängelt wurde ferner der Ab-

für die pflegliche Behandlung des Gehörganges im Lärmbetrieb: Das Merkblatt lautet:

1. Lärm kann durch seine Stärke und durch lange Dauer der Einwirkung das menschliche Ohr schädigen; er pflanzt sich nicht nur durch die Luft, sondern auch in Wänden und Fußböden der Arbeitsräume fort. Einmalige starke Schalleindrücke, wie Pfiff, Knall, Schlag, sind besonders schädlich, wenn sie das Ohr plötzlich und überraschend treffen.
2. Die Schädigung des Ohres durch Lärm betrifft den empfindlichsten und edelsten Teil des Gehörganges, nämlich die garten Endigungen der Hörnerven in der sogenannten Schnecke (Sinneszellen, Hörzellen).
3. Nicht jedes menschliche Ohr wird durch überlauten oder anbauernenden Betriebslärm geschädigt, und je widerstandsfähiger der gesamte Körperzustand, je gesünder das Ohr selbst ist, desto geringer ist der Einfluß des Lärms.
4. Eine Schädigung des Ohres durch plötzlichen und überlauten Schalleindruck (Pfiff, Schuß, Detonation) spürt der Betroffene sofort. Es legt sich ein Druck vor sein Ohr, es entsteht Ohrenschmerz oder -klingen, Ohrenschmerz, bei starkem Luftstoß erfolgt wohl auch Blutung und nachfolgender Ausfluß von Flüssigkeit aus dem Ohr. Hörschwäche durch anbauernenden, mäßigen Arbeitslärm treten meist fast unmerklich ein. Viele Arbeiter spüren von Anfang an die Einflüsse des Arbeitslärms

überhaupt nicht. Dabei zeigt häufig eine ohrenärztliche Untersuchung, daß das Gehör solcher anscheinend Ohr- gesunden bereits gelitten hat, ohne daß sie selbst es wissen.

5. Bei Lärmerschädigung des Ohres werden zuerst hohe und höchste Töne nicht mehr wahrgenommen (Klingeln, Weingelöne, Pfeifen). Bei längerer Dauer schädlicher Lärmwirkung geht der Entartungsprozess auf die andern Hörsellen über, die der Wahrnehmung tieferer Töne dienen.
6. Schwerhörigkeit durch Entzündung (Schwellung der Ohrtrompete), durch Ohrenschmalzkrüppel oder Pfropfen aus dem Staub des Arbeitsmaterials dürfen nicht mit der wirklichen Lärmerschädigung verwechselt werden.
7. Nach Siphilis und andern Infektionskrankheiten kann leicht Anfälligkeit des Gehörganges zurückbleiben. Alkohol und besonders Tabak können bei Mißbrauch die Widerstandsfähigkeit des Hörorgans gegen Lärmwirkungen schwächen.
8. Ohrenverstopfung durch lose ins Ohr gesteckte Watte, Baumwolle oder Werg als Schutzmittel genügt für Lärmbetriebe nicht. Notwendig ist regelmäßiger dichter Verschluß der Ohren mit einem dicken, sauberen Gaze-pfropfen, der mit Vaseline, Wachs oder dergleichen versehen ist. Auf erschüttertem Fußboden können Stroß-, Kork-, Gummisohlen oder Filzhüte zweckdienlich sein, beim Knien und Liegen Kissenmatte oder dergleichen.

9. Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter sollen in geräuschvollen Betrieben Arbeit nicht annehmen, wenn in ihren Familien erbliche Ohrenleiden vorgekommen sind. Leiden sie an Ohrenkrankheiten oder deren Folgen, sollen sie vor Eintritt ohrenärztlichen Rat einholen.

Vor der ersten Arbeitsaufnahme in einem ausgeprochenen Lärmbetrieb empfiehlt sich eine Untersuchung durch einen Ohrenarzt und später ihre Wiederholung in gewissen Zeitabständen.

10. Wer merkt, daß die Lärmarbeit sein Ohr schädlich beeinflusst oder sein Allgemeinbefinden stört, sollte rechtzeitig eine andere Tätigkeit wählen.

11. In allen Fällen von Abnahme des Gehörs ist ohrenärztliche Hilfe aufzusuchen. Nicht warten, bis Ohrenschmerzen, Schwindelanfälle, Schlaflosigkeit oder andre Krankheitserscheinungen eintreten!

Je früher eine Behandlung einsetzt, desto größer ist die Aussicht auf Heilung oder Besserung.

12. Alle Bestrebungen, Betriebslärm durch guten Massenausgleich von Maschinen, durch geeignete Dämpfungs-vorrichtungen und Isolierungen an Maschinen zu mildern, geräuschstarke Betriebe in geräuschschwache oder geräuschlose umzuwandeln, sind zu fördern und zu unterstützen.

Das wirksamste Mittel der Vorbeugung ist Erholung des Ohres in ruhiger Umgebung während der Freizeit.

schuß bis 1. Juli 1930. Nachstehende, einstimmig angenommene Resolution gibt am besten die Stimmung aus der Diskussion wieder: „Der Ortsverein Wiesbaden drückt seine schärfste Mißbilligung über das magere Ergebnis der letzten Verhandlungen aus. Er erwartet von den Gehilfenkollektoren, daß sie in Zukunft den Bedürfnissen der Gehilfenarbeit mehr Rechnung tragen, eventuell unter Anwendung der Mittel bis in die letzte Konsequenz.“ Die Erzielung einer Betriebsrentenangelegenheit bildete den Schluß der Versammlung.

Berlin. (H a n d s e t z e r.) Unse r V e r s a m m l u n g a m 14. März war sehr gut besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Berufliche und organisatorische Handwerkerfragen. 2. Warum kann die Hamburger Handwerkerammung nicht ermöglicht werden? 3. Vereinsmitteilungen. Kollege S c h i l l e r behandelte an Hand eines reichhaltigen statistischen Materials die berufliche Lage des Handsetzers. In Gegenüberstellung mit den übrigen Sparten wies er nach, daß die Handsetzer an Zahl abnehmen, während die übrigen Sparten sich in aufsteigender Linie befinden. Nach der Statistik des Verbandsvorstandes sind von 82 406 erfahrenen Gehilfen 41 035 Handsetzer, 2207 Schweizerdegen, 11 886 Maschinensetzer, 404 Knochengehörer, 17 237 Flachdrucker, 137 Offsetdrucker, 236 Tiefdrucker, 2591 Rotationsdrucker, 2921 Stereotypenreue und Galvanoplastiker, 3049 Korrektoren und 703 sonstige Gehilfen. Also rund 60 Proz. der Verbandsmitglieder sind noch Handsetzer. Von 18 884 erfahrenen Lehrlingen sind 12 778 Setzer. Der Lehrlingsstellenmangel mühten auch wir Handsetzer die größte Bedeutung beilegen, zumal die Prinzipalsorganisation ihre Mitglieder unter Androhung von Strafe anweist, die Lehrlingsstaffel bis zum Äußersten auszunutzen. 96,3 Proz. der Handsetzer arbeiten 48 Stunden, 4,7 Proz. arbeiten weniger als 48 Stunden. Im Vergleich mit der uns am engsten verbundenen Berufsgruppe, der Maschinensetzer, arbeiten die Handsetzer auf 92,6 Proz. in reiner Tagesarbeit, die Maschinensetzer auf 60,6 Proz., Handsetzer in Schichtarbeit 6,5 Proz., Maschinensetzer 45,8 Proz., Handsetzer in Nachtarbeit 0,9 Proz., Maschinensetzer 3,7 Proz. An der regelmäßigen Sonntagsarbeit sind 739 Handsetzer und 1273 Maschinensetzer beteiligt. Die Arbeitslosigkeit ist bei den Handsetzern immer noch am größten. Von den am Tage der Statistik erfassten Arbeitlosen und Kranken, insgesamt 8053, sind allein 3740 Handsetzer. Zum Tariflohn und bis 10 Mr. darüber wurden 81,7 Proz. zu 10 Mr. und mehr über den Tariflohn wurden 18,3 Proz. entlohnt. Bei den Maschinensetzern betragen die Prozentlöhne in der gleichen Höhe des Lohnes 47,9 Proz. und 52,1 Proz. Diese einzelnen Kapitel wurden von dem Referenten noch ausführlich besprochen. Die organisatorischen Handwerkerfragen wurden vom Kollegen P i e t z s c h behandelt. Er wies darauf hin, daß auch die Berliner Handsetzer ihrer Sparte noch nicht das Interesse entgegenbringen, das notwendig wäre. Über 3000 Handsetzer gehören jetzt der Berliner Vereinigung an, das wären aber erst 50 Proz. aller Handsetzergesellen im Berliner Gau. An Hand der auf dem Handsetzertag wiederum anerkannten Erfurter Richtlinien wies der Referent nach, inwieweit auch die Berliner Vereinigung nach diesen Richtlinien gearbeitet hat und arbeiten konnte. Redner ging noch einmal kurz auf die Handsetzerkonferenz ein und forderte zum Schluß die Kollegen auf, rege für die Vereinigung zu agitieren und die Versammlungen eifrig zu besuchen. In der Diskussion wandten sich die Kollegen S c h i l l e r und G a b b e y in scharfer Weise gegen die Richtlinien und die Arbeiten unserer Vereinigung, die in ganz anderer Richtung liegen müßten. Die Abgabe der Hamburger Fahrt behandelte Kollege R i c h t e r. Er verwies auf das Berliner „Mittelungsblatt“, in dem alles eingehend dargelegt ist, warum die Fahrt nicht verwirklicht werden kann. Die Eisenbahnverwaltung gestatte zu Pfingsten keine Sonderzüge, obwohl uns das bereits im Dezember zugesagt wurde, andre Möglichkeiten waren nicht gegeben, und so blieb nichts andres übrig, als die sehr gut eingeleitete Fahrt abzulegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde eine Notiz des „Grasbüchsen-Bund“ bekannt gegeben, worin unsre im Januar abgehaltene „Sonntagsfeierstunde“ heruntergerissen wird. Die Versammlung gab demgegenüber ihrer Freizeigung mit der Veranstaltung wiederholt Ausdruck. Nach einigen mehr geschäftlichen Mitteilungen behandelte der Vorsitzende die Angriffe und Beschimpfungen des Vorstandes des Brandenburgischen Maschinenleherversins in seinem „Mittelungsblatt“ und den sich hieraus ergebenden Briefwechsel mit dem Handsetzervorstand. Die Versammlung erkannte an, daß die Anworten des Handsetzervorstandes in jeder Weise kollegial gehalten sind und die Einstellung dem Vorstand des Brandenburgischen Maschinenleherversins gegenüber dem Ansehen und der Würde unserer Vereinigung entspricht.

Böhm. (H a n d s e t z e r.) In unse r J a h r e s s a m m l u n g a m 13. März konnte der Vorsitzende eine große Zahl von Kollegen begrüßen, vor allem aus den Bezirksorten. Den Jahresbericht gab Kollege W a s a n. Es hat sich gezeigt, daß die Bewegung auch in unserem Bezirk festen Fuß gefaßt hat. Der Kassenbericht, vom Kollegen F r i e d e m a n n erstattet, bewegte sich in aufsteigender Bahn. Der nachfolgende Tagesordnungs-punkt, „Bericht von der Dritten Handsetzervorstandskonferenz“, wurde vom Kollegen K ö l l e (Dormund) erledigt, der in ausgiebigster Weise den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz auflegte. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großem Interesse entgegengenommen und zeitigten eine längere Aussprache, die in folgender Entschlußfassung gipfelte: „Die Versammlung der Handsetzer im Bezirk Böhmen hörte den Bericht des Kollegen Kölle (Dormund) über die Dritte Handsetzervorstandskonferenz in Berlin. Sie spricht die Genugtuung aus, daß unser Vertreter unsre Belange in vollem Maße vertreten haben und hofft, daß der Verbandstag in Frankfurt uns die Anerkennung als Sparte bringt.“ Bei der nachfolgenden Vorstandswahl wurden u. a. gewählt Kollege W a s a n als erster Vorsitzender und Kollege F r i e d e m a n n als Kassierer.

b. Braunschweig. Einen guten Besuch hatte unsre Jahres s a m m l u n g a m 17. März aufzuweisen. Nachdem das „Geschäftliche“ erledigt, wurde zum

zweiten Punkt, „Anträge zum Verbandstag“, der schon die vorige Versammlung beschäftigt hatte, übergegangen. Einige eingebrachte Anträge verfielen der Ablehnung, während einer zur Annahme gelangte. Im übrigen war die Aussprache eine sehr lebhaftige. Zum Punkt „Jahresbericht des Vorstandes“ gab der Vorsitzende einige Erklärungen, im übrigen lag der Bericht gedruckt vor. Der vierte Punkt betraf, Auffstellung der Kandidaten zum Bezirksvorstand sowie Neuwahl der Bibliothekers- und Vergütungskommission“. Neben dem alten Vorstand wurde eine Anzahl anderer Kollegen zu den einzelnen Posten aufgestellt. Die Wahl selbst erfolgte durch Abstimmung im Bezirk. Die Bibliothekerskommission wurde wiedergewählt, ebenso die Vergütungskommission. Auch dieser Tagesordnungspunkt nahm teils sehr lebhaftige Formen an. Darauf erstattete Gauvorsitzer F i n g l i n g e n Bericht über die Lohnverhandlungen und über das Ergebnis derselben. Da der „Korr.“ hierüber schon ausführlich berichtet, man auch vor gegebenen Tatsachen stand und im übrigen die Zeit schon sehr vorgeschritten war, wurde von einer Aussprache abgesehen. Unter „Verschiedenem“ brachte ein Kollege das Thema „überlunden“ zur Sprache. Eine Aussprache konnte der vorgeschrittenen Zeit wegen auch hierüber nicht mehr stattfinden. Als Gäste wohnten der Versammlung der Gaukassierer und sämtliche Bezirksvorsitzer bei.

Breslau. In unse r G e n e r a l v e r s a m m l u n g a m 24. März erstattete Kollege S p o r n den Bericht über das abgelaufene Jahr, dessen Wirtschaftslage auch an uns nicht spurlos vorübergegangen ist; wurden doch allein an Zuschunterstützungen 39 000 M. ausgegeben. Da der Jahresbericht gedruckt vorlag, konnte sich Kollege Sporn in Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung auf den allgemeinen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und auf einige Gegenüberstellungen mit den Vorjahren beschränken, er fand zum Schluß seines Berichtes ehrende Worte für die Verstorbenen des Jahres, den so früh dahingegangenen Kollegen Seix und 16 dem hiesigen Ortsverein angehörende Kollegen. Nach kurzer Aussprache über den Jahresbericht und Entlassung des Vorstandes wurden die Liste zur Neuwahl des letzteren aufgestellt (die Wahl erfolgte durch Stimmzettel in den Betrieben) und die übrigen Wahlen, wie Revisoren, Bibliothekare, Lehrlingsvorstand, getätigt. Hierauf kamen die Anträge zum Gautag sowohl wie die zum Verbandstag zur eingehenden Erörterung und dementsprechenden Annahme oder Ablehnung, worauf die Kandidatenliste für die Gauversammlung aufgestellt wurde. Einige Mitteilungen örtlicher Natur beschloß die Versammlung.

Chemnitz. (M a s c h i n e n s e t z e r.) Die J a h r e s v e r s a m m l u n g unse r G a u v e r e i n i g u n g fand am 10. März in Zwickau statt. Vorsitzender R. H e n r e h hieß die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. Bezirksvorsitzender Krallier begrüßte ebenfalls die Versammlung und wünschte ihr guten Verlauf. Der Jahresbericht des Vorsitzenden fand ohne Aussprache Genehmigung. Der gedruckt vorliegende Kassenbericht, der vom Kollegen D e h m e im einzelnen ergänzt wurde, wurde ohne Aussprache angenommen und dem Kassierer Entlassung erteilt. Kollege H e s s e (Zwickau) dankte Kollegen Wehner für die geleistete Arbeit im verfloßenen Jahr und schlug vor, seine Wiederwahl zum Vorsitzenden der Gauvereinigung zu bekräftigen, was auch einstimmig geschah. Vorstandsentschädigung, Eintrittsgeld und Beitrag blieben wie bisher. Als Delegierter zum Maschinenlehertag wurde Kollege Wehner einstimmig gewählt. — Für den Vormittag hatten die Zwickauer Kollegen eine Besichtigung der Kaserne und der Schachanlage des „Vertrauensschades“ arrangiert, die uns unter sachmännlicher Führung einen Einblick in das Betriebe einer Kaserne — von der Rohstoffe bis zum fertigen Produkt (Benzol usw.) — gab. Auch an dieser Stelle sei der Verdienst und den Zwickauer Kollegen unser Dank ausgesprochen.

Darmstadt. Unse r G e n e r a l v e r s a m m l u n g a m 12. März erfreute sich eines guten Besuches. Kollege W o l f e r t erledigte einige geschäftliche Mitteilungen. Einem Aufnahmegeruch wurde stattgegeben. Die Anträge des Bezirks Darmstadt zum Gau- resp. zum Verbandstag riefen großes Interesse wach und wurden nach vorheriger Aussprache von den Versammlungsteilnehmern gutgeheißen und beiden Parlamenten zur Annahme wärmstens empfohlen. Anschließend fand die Aufstellung von acht Gaukandidaten statt. Seitens der einzelnen Ortsvereine wurde gestand gemacht, ihrer bei der Aufstellung zu gedenken, was durch die Versammlung berücksichtigt wurde. Die Wahl wird durch Urwahl getätigt. Zu Weiskern im Schiedsamt wurden vier Kollegen gewählt. Unter „Tariflichen Angelegenheiten“ fand eine lebhaftige Aussprache über die Durchführung der Lehrlingsordnung statt, insbesondere über die ärztliche Untersuchung, die manche Härte zeitigte. Der Vorsitzende stellte demgegenüber das Verantwortungsbewußtsein in den Vordergrund und gab der Überzeugung Ausdruck, daß nur eine konsequente Durchführung der Lehrlingsordnung erfolgversprechend sein kann. Schließlich appellierte der Vorsitzende des Kollegenvereins an die stimmbegabten Kollegen, dem Verein aktiv zu unterstützen.

Diessen am Hammersee. (H a n d s e t z e r.) In unse r V e r s a m m l u n g a m 10. März berichtete Kollege V o g e l s a n (Muggsb.) über die Dritte Vorstandskonferenz in Berlin. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen und beteiligten sich auch an der Diskussion sehr rege, wobei besonders zum Ausdruck kam, daß die Kohnspanne zwischen Hand- und Maschinensetzern zu groß sei und sich zugunsten der Handsetzer verändern müsse. Es sei zu begrüßen, daß sich endlich auch der Verbandsvorstand und die Gauvorsitzende mit der Tatsache abfinden müßten, daß auch den Handsetzern die gleichen Rechte wie den andern schon längst bestehenden Sparten einzuräumen sind. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte für alle. Am hiesigen Ort sind sämtliche Handsetzer in der Vereinigung.

Düren (Rhd.). (V i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Am 26. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die recht gut besucht war. Nach Kenntnisnahme ver-

schiedener geschäftlicher Mitteilungen brachte Kollege F ü r s t e r den vom Bezirksvorsitzenden übermittelten Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Rön zu Verlesung, der lebhaftige Zustimmung fand. Nach Erzielung des Kassenberichts gab der Vorsitzende einen Überblick über das vergangene Jahr, das, abgesehen von verschiedenen Einzelstreitigkeiten in verschiedenen Betrieben, ruhig verlief. Der Mitgltbestand betrug am Anfang des Jahres 128 und am Schluß 140. Durchschnittlich besuchten 60 Proz. der Kollegen die Versammlungen. Hierauf erstattete Kollege F r a n k Bericht über die Lehrlingsabteilung. In beiden Berichten wurde ein zufriedenstellender Verlauf des vergangenen Jahres festgestellt. Bei der Neuwahl des Vorstandes mußte die Wahl des Vorsitzenden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden, gleichzeitig auch die Wahl eines neuen Lehrleiters, da der letztere wegen Überlastung nicht mehr weiter amtieren wollte. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. — In unse r V e r s a m m l u n g a m 16. März wurde nach Berichtserstattung über verschiedene Sitzungen und der Mitteilung, daß die ausgesteuerten Buchdrucker nunmehr auch wieder unter die Kassenfürsorge fallen, Kollege F ü r s t e r als Vorsitzender und Kollege W r i c h a n Stelle des zurückgetretenen Kollegen Frank als Lehrleiter gewählt. Wenn auch die diesmal in freier Vereinbarung zustande gekommene Lohnregelung wegen der geringen Erhöhung wenig Zufriedenheit auslöste, so fand man sich doch notgedungen mit der Tatsache ab. Lebhaftige Entrüstung lösten die Berichte über den Konflikt in der kommunalpolitischen „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen aus. Die Kollegen schied auf dem Standpunkt, daß sie durch den Eintritt in einen Betrieb nur ihre Arbeitskraft, nicht aber ihre Gesinnung verkaufen. Beim nächsten Punkt wurde beschlossen, erneut den Antrag auf Antretung der Kriegskrieg auf die Beitragszahl zum Verbandstag einzubringen. Begründet wurde der Antrag damit, daß auch die gezahlten Beiträge der nicht eingezogenen Mitglieder durch die Instanzzeit reiflos verloren gegangen sind. Die Beschlüsse der Gauvorsitzerkonferenz in der Frage der Invalidentunterstützung wurden akzeptiert.

Eberswalde. (V i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Unse r G e n e r a l v e r s a m m l u n g a m 12. Januar erledigte die Vorstandswahlen glatt. Bis auf einige unwesentliche Änderungen blieb die Zusammensetzung des Vorstandes dieselbe. Aus dem Jahresbericht ist zu erwähnen, daß die Mitglieder 118 beträgt. Der Kassenbestand beläuft sich auf 220 M. Nach Annahme einiger Statutenänderungen hielt Kollege F r a n z H e i n r i c h einen feisenden Vortrag: „Aus der Kommunalpolitik“. Insbesondere behandelte er das Wohlfahrtswesen in der Gemeinde. Eine lebhaftige Aussprache und Fragestellung schloß sich dem Vortrage an. — Am 14. Januar veranalteten wir mit einer dreizehnten Gewerkschaft einen literarischen Abend. Hierzu hatten wir den Arbeiterdichter B r u n o S c h ö n l a n d (Berlin) gewonnen, der aus eignen Werken las. — In der Februarversammlung hielt der Fachlehrer H. S c h u l z e (Berlin) einen zeitgemäßen Vortrag: „Neuzeitliche Betriebsführung“. Die klaren und gutdurchdachten Ausführungen fanden aufmerksame und dankbare Zuhörer. Die ausgestellten Entwürfe für ein Wählerverzeichnis der Ortsvereinsbibliothek wurden hierauf besprochen und die Preisverteilung vorgenommen. Anerkennenswert ist die überaus zahlreiche Beteiligung an dem Wettbewerb. Während die Kollegen Geldpreise erhielten, wurden für fünf Jungbuchdrucker Bücherpreise bewilligt. Mehrere Anträge zum Verbandstag wurden sodann angenommen. — Über die Lohnverhandlungen berichtete unser Gauvorsitzer R e i n k e (Stettin) in der Versammlung am 16. März. Die Aussprache ergab, kurz zusammengefaßt, die Unzufriedenheit mit dem Erreichten. Einige Anträge zum Gautag wurden angenommen, zwei Kollegen als Delegierte hierfür aufgestellt. Der Bezirksversammlung sollen die bisherigen Vorstandsvorschläge zur Wiederwahl vorgeschlagen werden. Drei Kollegen konnten dem Verband zugeführt werden. Nach Entgegennahme des Kartellberichts und Bewilligung einer Unterstützung fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. — An der Reichsanwaltschaftsvereinswoche, die hier vom 12. bis 18. März stattfand, beteiligten wir uns mit einer eigenen Veranstaltung. Zwei von der Berufsgenossenschaft gestellte Filme und Vorträge des Volkschors bildeten das Programm. — Erfreulichweise war der Besuch aller Veranstaltungen ein guter; in der Märzversammlung waren, außer den Gewerkschaftsschwägern, wohl alle Kollegen anwesend. Möge die Teilnahme am Organisationsleben immer so rege bleiben!

Erfurt-Barmen. (M a s c h i n e n s e t z e r.) In unse r J a h r e s s a m m l u n g a m 10. März, die von annähernd 100 Kollegen besucht war, widmete vor Eintritt in die Tagesordnung Vorsitzender K i l l i n s c h den verstorbenen Kollegen Köhrig und Hoffe, von denen ersterer Mitbegründer, letzterer langjähriger Kassierer unse r V e r e i n i g u n g war, einen ehrenden Nachruf. Unter „Geschäftlichem“ entwickelte sich sodann eine lebhaftige Aussprache über den Fall Solingen (Genossenschaftsdrucker). Das Verhalten des Geschäftsführers und seiner ihm treu Ergebenen wurde scharf beurteilt. Zwei unse r V e r e i n i g u n g angehörende und dort weiter arbeitende Maschinensetzer wurden sofort dem Vorstand der Gauvereinigung zum Ausschluß aus der Sparte empfohlen. Weiter kam es wegen Mißständen in einer Schwelmer Druckerei zu einer scharfen Aussprache. Dem Vorstand wurde die weitere Untersuchung in dieser Angelegenheit übertragen. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Bei der Vorstandswahl wurden der Vorsitzende und der Schriftführer durch Zutuf wiedergewählt. An die Stelle des verstorbenen Kollegen Hoffe trat Kollege C i a u s (Barmen) als Kassierer. In der Zusammensetzung der Technischen Kommission trat für zwei Kollegen eine Neubesezung ein. Unter „Technischem“ wurde u. a. die elektrische Besetzung „Egmilfar“ einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schluß schlug der Vorsitzende vor, die nächste Versammlung in Bergisch-Neuenkirchen zur Zeit der Baumblüte abzuhalten; hiermit sollte eine Autofahrt verbunden werden. Die Kollegen stimmten dem lautstark zu.

lk. Erfurt. In unserer Bezirksversammlung vom 10. März konnte Vorsitzender Stange den Kollegen Rupprecht als Vertreter des Gewerbestandes begrüßen. Hierauf gedachte Kollege Stange des verstorbenen Kollegen Geiß, den er als einen bewährten Taxifer, Menschenfreund und begabten Führer, als einen prächtigen Menschen, der sich die Sympathien aller erworben, charakterisierte und dessen Andenken von der Versammlung entsprechend geehrt wurde. Anschließend hieran wurde auch des Ablebens des Kollegen Günter Müller, Kassierer des Ortsvereins Sondershausen, gedacht. In seinem Jahresbericht führte der Bezirksvorsitzende Stange aus, daß uns das Jahr 1928 große Enttäuschungen in verschiedener Hinsicht gebracht habe. Als erfreuliches Zeichen sei festzustellen, daß die Lehrlingsordnung von der Erfurter Handwerkskammer angenommen worden ist. Kollege Söldner machte darauf aufmerksam, daß sich die Kollegen in allen Druckerzeilen, auch der kleinen, die ihnen das Betriebsstrategie bringt, unbedingt zuzunehmen sollen. In Anbetracht, daß unsere Bezirksklasse gut fundiert ist, stellte er weiter den Antrag, zwei Bezirksversammlungen jährlich abzuhalten, der angenommen wurde, obgleich Kollege Stange der Versammlung erklärte, daß nach seinem Dafürhalten durch eine Funktionsprüfung mehr erreicht werde als durch eine zweite Versammlung. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl in bisheriger Besetzung. Der angenommene Antrag auf Erhöhung der Inzidenzunterstützung zeitigte eine rege Diskussion, wobei ein Kollege treffend ausführte, daß ja doch für jeden Inzidenz der Verband die Arbeitslosenunterstützung für einen anderen spart. Ebenfalls wurde der Antrag angenommen, den Gewerkschaften nach Erfurt zu verlegen, einestweils weil Erfurt die größte Mitgliederzahl hat und dann auch weil Erfurt der Sitz des Landesarbeitsamts ist. Vom Kollegen Jürgens wurde folgender Antrag zum Gultag eingeleitet, der von der Versammlung angenommen wurde: „Die Bezirksversammlung stellt zu § 3 Absatz 2 des Gaureglementes folgenden Antrag: Alle fünf Jahre haben sich die Gaungestellten zur Bestätigung ihrer Ämter einer Urwahl zu unterziehen.“ Kollege Smigalek regte an, in den Gaumitteilungen „möge auch den Sparten für Berufsentscheidungen Platz eingeräumt werden. Für den Gultag wurden 20 Kandidaten aufgestellt und als Kandidat für den Verbandstag Kollege Stange nominiert. Eine Aussprache führte noch die Materie herbei. Wenngleich bis jetzt noch keine Entlassungen vorgekommen seien, so würden doch anderseits bei Nichtbezug von Materie hier und dort Kollegen untergebracht werden können. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Arnstadt gewählt. Anwesend waren 300 Kollegen, von Erfurt 180.

Essen. (Drucker.) An Stelle unserer Monatsversammlung fand am 16. März eine Besichtigung der Papierfabrik Rabel unter reger Beteiligung statt. Durch das Entgegenkommen der Firma war es jedem einzelnen Kollegen möglich, einen umfassenden Einblick in die Herstellung von Druckpapier zu bekommen. Die Führungen fanden in kleinen Gruppen unter sachmännlicher Leitung statt und nahmen trotz der großen Besucherzahl ungehinderter Verlauf. Im Anschluß daran fanden sich die Teilnehmer noch zu einigen frohen Stunden zusammen. Der Papierfabrik Rabel sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen gedankt.

Frankfurt a. M. (Maschinenseher.) In der Bezirksversammlung am 17. März setzte Kollege Knoblauch seinen im ersten Teil schon vor einigen Wochen gehaltenen Vortrag über „Lohn — Leistung — Tarif“ als zweiten Teil fort. Wenn der Vortragende in dem ersten Teil seines Referats nach einer weitläufigen volkswirtschaftlichen Einleitung über den Begriff Lohn im allgemeinen und der Entwicklung der heutigen Lohnsysteme und ihrer Verschiedenartigkeit sowie der Erläuterung der am liebsten Unbegreiflichen zu unserm Tarifsystem kam, so wendete er sich in der zweiten Abteilung mehr dem aktuelleren Teil des Themas zu. Im Einklang mit den tariflichen Sonderbestimmungen von Berechnen im Maschinenbau und an Hand von praktischen Beispielen, die von der Leipziger Berechnungskommission bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden, erklärte er die Berechnungsweise dieser Salmuster und stellte als Grundformel fest, daß alle Salmusterungen sich aus Grundpreis + Berechnungsausgleichszufuß + Lokalausgleich zusammenziehen, neben eventuellen Zuschlägen für schwieriger lesbares Manuskript, scharfes Format, Ziffern, Sperrn, Einfängen usw. Starke Beifall und der Vorsitzende dankte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Zwei Neuaufnahmen, die Wahl von Delegierten zu der Generalversammlung der Gewvereinigung am 14. April in Frankfurt sowie Vorschläge zur Wahl von Delegierten zum Maschinenseherkongreß, wofür die Kollegen Baer (Frankfurt) und Jersfuß (Kassel) namhaft gemacht wurden, vollendeten die Tagesordnung der gut besuchten Versammlung.

Frankfurt a. M. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Unsere Jahreshauptversammlung am 10. März war schwach besucht. Nur 40 Proz. der Mitglieder waren erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Nonnenmacher des verstorbenen Vorsitzenden der Gewvereinigung der Stereotypen- und Rheinland-Westfalen, Kollegen Jäger (Köln), der ein Menschenalter seine Kraft dem Verband und der Sparte zur Verfügung stellte. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß im verflohenen Jahr die Spartenaktivität sehr reger war. Auch die Kassensverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. Nach dem Revisionsbericht wurde dem Vorstand und Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Die Vorstandswahl wurde auf Antrag per Affirmation vorgenommen und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Unter Punkt „Technisches“ wurde von vielen Kollegen Klage geführt über die schlechte Beschaffenheit des derzeitigen Schriftmaterials und zum Ausdruck gebracht, daß dieses im Vergleich zu früher viel zu weich sei. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, auch in diesem Jahre, und besonders für den Kongreß, reges Interesse zu bekunden.

G. Hannover. (Stereotypen- und Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Die Generalversammlung unserer Gewvereinigung am 3. März in Hannover wurde vom Vorsitzenden mit Begrüßungsworten an die zahlreich Erschienenen eröffnet. Nach Bekanntgabe der Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende einen günstigen Jahresbericht. Der Durchschnittsverammlungsbesuch hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Weniger erfreulich gestaltete sich der Kassenericht des Kollegen Ebert, der ein Defizit von 112,38 M. erreichte. Nach anschließender Entlassung des Vorstandes erhielt Herr Dr. Wendle das Wort zu seinem hochinteressanten Vortrag „Wege der Charakterforschung und Wege zur praktischen Menschenkenntnis“. Die Gebiete der Graphologie, Chiropathie, Physiognomie und Phrenologie wurden eingehend von dem Redner behandelt. Der Vortragende beendete seine anerkennenswerten Ausführungen unter großem Beifall. Die Vorstandswahl ging bis auf zwei austretende Kollegen per Affirmation vor sich. Als Delegierter zum Stereotypenkongreß wurde der Kollege Jäger gewählt. Unter „Verschiebenem“ wurde die eifrige Agitation des Bezirksvereins Braunschweig unter den Provinzkollegen hervorgehoben, so daß jetzt fast sämtliche Stereotypen der Sparte angehören. Am Nachmittag versammelten sich die Kollegen mit ihren Damen, um das Hochhaus und den Betrieb des „Hannoverschen Anzeigers“ zu besichtigen. Der Abend wurde beschlossen mit einem humoristischen Appenfest.

Köln. Der für den 10. März nach hier einberufene Bezirksstag war gut besucht. Eröffnet wurde die Tagung mit dem wichtigen Uffmannschen Chor „Ich warte dein“ durch die „Typographia“ (Köln). Das Andenken unseres hochgeschätzten Verbandsvorsitzenden Kollegen Geiß wurde in üblicher Weise geehrt. Aus den Berichten des Vorsitzenden, Kassierers und Lehrlingsleiters war zu entnehmen, daß sich nicht alles auf friedlichem Wege regeln ließ und daß hier und dort das Arbeitsgericht in Anspruch genommen werden mußte, um das tarifliche Recht zur Durchsetzung zu bringen. Da es unserm Gaunvorsitzer Reine (Stettin) infolge der Lohnverhandlungen nicht möglich war, zu erscheinen, hatte das Referat Herr Gewerbeoberlehrer Dieckhoff (Köln) übernehmen. Er sprach über das aktuelle Thema „Hypothetische Eignungsprüfung“. An der Hand von Apparaten und Beispielen verstand es der Redner, die Kollegen in eine ganz neue Materie einzuführen. Er wies in seinen längeren Ausführungen nach, daß durch diese Art der Prüfung an den Prüflingen festzustellen sei, wieweit sie sich überhaupt für diesen oder jenen Beruf eignen. (Für den Buchdruckerberuf gilt das, wie praktische Erfahrungen beweisen, allerdings nur mit starken Einschränkungen. Schriftleitung.) Der Gesamtvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung mit Kollegen Gurt als Vorsitzendem einstimmig wiedergewählt. Für den Gultag wurden die Kandidaten in Vorstich gebracht. Für den Verbandstag wurde Kollege Gurt als Delegierter vorgeschlagen. Ein Antrag an den Verbandstag: Die durch den Krieg verloren gegangenen Beiträge sind mit 50 Proz. anzurechenen, wurde angenommen. In einem Telegramm an den Verbandsvorstand, in dem den Gehilfenvertretern aufgegeben wird, bei den Lohnverhandlungen festzuhalten, um ein annehmbares Resultat zu erzielen, kam die Stimmung der Kollegen zum Ausdruck. Leider muß auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß es ein bestimmter Prozentsatz der Kollegenaktivität nicht so erntet nimmt mit den gewerkschaftlichen Aufgaben und die Berichtslage nur zu einer Vergnügungstour benutzt. In einer Vertrauensmännerklärung, die am Sonntag zuvor tagte, wurde ein großer Teil Verwaltungsarbeit erledigt, aber auch eine Menge Beschwerden und Wünsche entgegengenommen, zu deren Abstellung der Vorstand sich bereit erklärte. In Kirchhain wurde die Ausnahme eines Schlossers in den Verband abgelehnt, vom Gutenbergsbund wurde er jedoch mit offenen Armen aufgenommen. Als Tagungsort für den Herbstbezirksstag wurde Forst bestimmt.

Krefeld. In unserer gut besuchten Bezirksversammlung am 9. März wurden mehrere Kollegen aufgenommen. Nach Entgegennahme des Kassenerichts, der trotz der großen Ansprüche an die Kasse im abgelaufenen Jahr („Preisla“ - Besuch usw.) durchaus befriedigend, wurde eingehend zu den Beschlüssen der Gaunvorsitzerkonferenz Stellung genommen. Die Versammlung vergicht auf Stellung von eignen Anträgen zum Verbandstag und wünschte die Annahme der auf der Gaunvorsitzerkonferenz aufgestellten Richtlinien, soweit sie die Unterführungen betreffen. Zum zweiten Teil der Entschlüsse der Gaunvorsitzerkonferenz wurde dringend gewünscht, daß die in einzelnen Orts- und Bezirksvereinen bestehende Sterbe-Umlageverfahren erhalten bleiben. Ferner wird erwartet, daß die Beiträge zur Lehrlingsabteilung gesteuert werden derart, daß in den beiden ersten Lehrjahren 20 Pf. und in den letzten Lehrjahren 40 Pf. an Beiträgen erhoben werden. Auch einer kurzen Aussprache über eine Erhebesetzung des Ortsbeitrags erhielten der Gewvereinigung „Typographia“ die Ortsgruppe des Bildungsverbandes sowie einige Sparten für das laufende Jahr Beifallen aus der Oristafle bewilligt. Über die Jugendleiterkonferenz berichtete Kollege Bargatzky, besonders hervorhebend, daß seitens unserer Kollegen bei der Lehrlingsentstellung Daucht zu geben ist auf die Nichtüberführung der tariflichen Lehrlingskassa.

Leipzig. (Schriftgießer.) Eines guten Besuches hatte sich unsere Generalversammlung am 21. März zu erfreuen. Der gedruckte vorliegende Jahres- und Kassenericht war den Mitgliedern rechtzeitig zugegangen. Immerhin waren es bemerkenswerte und interessante Erörterungen, die der Vorsitzende über die hauptsächlichsten Vorkommnisse des verflohenen Geschäftsjahres machte. Vor allen Dingen war am höchsten Platze der Geschäftsgang als durchaus unbefriedigend zu bezeichnen. Eine große Anzahl Arbeitslose, Kurzarbeit und wechselläufiges Aussehen waren die Begleiterscheinungen. Verhängt wurde dieser Zustand noch durch die Überfüllung der hiesigen Zweigfirmen H. Hoffmeister und A. Nummerich zu ihren Stammmfirmen nach Frankfurt a. M. Vorübergehend wurden einige

Kollegen in der Stereotypie und an der Monotypie untergebracht. Im allgemeinen werden die tariflichen Löhne von den Firmen gesahnt, so daß sich das hiesige Schiedsgericht mit wenig Streitfällen zu beschäftigen hatte. Auch die Firma Scheller & Giesecke versuchte wieder etwas für sich herauszuholen, jedoch ohne Erfolg. Durch die Verbindlichkeitsklärung unseres Tarifs wurde auch diese Firma gehalten, den Tarif durchzuführen und die Stücklohn-erhöhungen in ihrem Betriebe sinngemäß und im Verhältnis zum Reichstarif zu zahlen. Eine von Leipzig beantragte Vorstandskonferenz, die sich mit den tariflichen und organisatorischen Verhältnissen der Messingarbeiter beschäftigen sollte, wurde von der Zentralkommission mit dem Hinweis auf den kommenden Kongreß abgelehnt. Der Jahres- und Kassenericht wurde ohne Aussprache gutgeheißen. Bei der Wahl des Vorstandes, der Revolutoren und der Beisitzer zum Tarifschiedsgericht sind wesentliche Veränderungen nicht zu verzeichnen. In anerkennenden Worten gedachte der Vorsitzende der 23jährigen Tätigkeit des Kollegen Gustav Naumann als Schriftführer des Vereins; dabei, unter dem Beifall der Versammlung, den Wunsch auszusprechen, daß es dem Kollegen Kaumann vergönnt sein möge, seine Kräfte noch lange Zeit der Allgemeinheit zu widmen. Begünstigend auf das letzte Rundschreiben der Zentralkommission wurden vom Vorsitzenden die Vorarbeiten und Richtlinien zum demnächst stattfindenden Kongreß bekanntgegeben. Eingehend hatte sich der Vorstand damit befaßt und brachte dazu verschiedene Wünsche und Änderungen in Vorstich, die von der Versammlung unterstützt und teilweise durch Anträge noch erweitert wurden. Schon bei der Aussprache über den Kongreß wurde die Tätigkeit der Zentralkommission einer abschließenden Kritik unterzogen, die einen leidenschaftlichen Charakter annahm, als das Nichtfinden des Lohnabkommens durch die Zentralkommission bekanntgegeben wurde. Ein derartiger grober Schnitzer sei einfach unangehörig und auf seine Art zu entschuldigen. In ziemlich unerblickter Weise wurde die Zentralkommission angegriffen und eine Entschuldigung angenommen, die das Verhalten der Zentralkommission auf das schärfste mißbilligt. Mit der Aufforderung, in Anbetracht des Kongresses die nächsten Versammlungen recht gut zu besuchen, fand die manchmal etwas stürmische Versammlung ihren Abschluß.

Magdeburg. Unsere gut besuchte Bezirksversammlung am 22. März nahm Stellung zum Ergebnis der Lohnverhandlungen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erlatete Gaunvorsitzer König (Halle) Bericht über die Lohnverhandlungen. Ein von kommunikativer Seite eingetragener Antrag, die Berichterstattung des Gehilfenvertreeters von der Tagesordnung abzuhängen, wurde von der Versammlung abgelehnt. Der Referent zeichnete ein anschauliches Bild über die vierjährigen Verhandlungen. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen, weil die Unternehmenseite lediglich nur eine Verlängerung des gegenwärtigen Lohntarifs anstrebte, während von unserer Seite eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechender geliblicher Ausgleich verlangt wurde. An dem Verlauf der Verhandlung war zu erkennen, daß die Kollegen sich der Einsicht nicht verschließen konnten, daß etwaige Maßnahmen und Beschlüsse gegen das neue Lohnabkommen zwecklos sei. Wenn auch das materielle Ergebnis nicht dazu angetan sei, Befriedigung aufkommen zu lassen, so muß doch anerkannt werden, daß der Abschluß ohne Anrufung der behördlichen Schlichtungsstellen zustande kam.

Kr. Mainz. Unsere Bezirksversammlung am 17. März leitete in Verbindung des ersten Vorsitzenden Kollege A. Bittner. Außer einer Wiederbeaufnahme gelangte einige interne Mitteilungen zur Kenntnis, das neue Lohnabkommen fand kurze Erwähnung, jedoch wurde aus besonderen Gründen in keine Diskussion eingetreten. Hierauf erfolgte ein einflüdriger Vortrag des Arbeitsekretärs Kollegen Röblich über „Unfallversicherung“. Der Referent verstand es, nicht nur seine Darlegungen in packender Form und leicht verständlicher Weise zu Gehör zu bringen, sondern wies im besondern darauf hin, daß sich die Versicherer viel zu wenig um die Gefesse kümmernten, was deren eigner Schaden sei. Reicher Beifall lohnte des Redners Darlegungen. Nach vorgenommener Wahl von sieben Delegierten zum Gultage fanden nach einer kurzen Aussprache zwei Anträge zum Gau- und zum Verbandstag Annahme. Recht eigenartig war die Einstellung eines Ortsvereins zu dieser Versammlung, in der man glaubte, einmal alles auf den Kopf stellen zu müssen. Am 25. März fand erneut eine Bezirksversammlung in Mainz statt, in der zunächst zwei Neuaufnahmen und eine Wiederbeaufnahme erfolgte. Sodann erlatete Kollege Wegrich Bericht über die Mannheimer Bezirksvorsitzerkonferenz, die sich in der Hauptstadt mit dem neuen Lohnabkommen beschäftigte. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Verhandlungen ungemein schwierig waren, hervorgerufen durch die allgemeine schwere Wirtschaftslage und die erschwerte Arbeitslosigkeit. Begrüßenswert erschien es, daß man diesmal im eignen Hause den Weg zur Vereinbarung fand. Wenn man auch mit dem materiellen Ergebnis nicht zufrieden sein könne, sei doch ein gewisser Fortschritt festzustellen. Klar sei, daß unsere Unterhändler einen schwierigen Standpunkt hatten. Eine in sachlichen Bahnen sich bewegende Diskussion würdigte im allgemeinen die schwierige Verhandlungsbasis unserer Vertreter; es kam jedoch zum Ausdruck, daß das Ergebnis keineswegs gegenüber der gestellten Forderung befriedigend. In seinem Schlußwort machte der Vorsitzende einige Richtlinien und konstatierte, daß die Versammlung sich dem Lohnabkommen unterstelle. In dem weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch festgelegt, daß das diesjährige Johannistfest am 23. Juni stattfinden, zugleich mit der Kreisagung der Drucker des Gauess Mittelrhein. In den Vormittagsstunden findet eine Tagung in der „Reiderhof“ statt, während die Nachmittagsstunden familiären Charakter tragen sollen.

Mannheim. (Korrespondent.) Die Generalversammlung unserer Bezirksvereinigung am 17. März hatte sich eines recht guten Besuches zu erfreuen. Zur Tagesordnung standen Neuwahl des Vorstandes, Rechenschafts-

